

Jahresbericht 2017

Die Arbeit der

FDP.Die Liberalen

und der

FDP-Liberalen Fraktion der Bundesversammlung

Rapport annuel 2017

L'activité du

PLR.Les Libéraux-Radicaux

et du

Groupe libéral-radical de l'Assemblée fédérale

Nr. 8 der Schriftenreihe der *FDP.Die Liberalen*
Herausgegeben vom Generalsekretariat,
Neuengasse 20, Postfach, 3001 Bern

Publication no 8 du Parti libéral radical suisse
Editée par le Secrétariat général,
Neuengasse 20, Postfach, 3001 Berne

Nota Bene:

Der Jahresbericht 2017 wird nicht in gedruckter Form versandt. Er ist auf der Webseite der FDP unter www.fdp.ch als PDF-Dokument aufrufbar.

Le rapport annuel 2017 du PLR ne sera pas imprimé mais mis en ligne sur www.prd.ch et www.plr.ch sous la forme d'un document pdf.

1.	FDP.Die Liberalen: Gemeinsam weiterkommen	5
1.1.	Rücktritt von Didier Burkhalter und Bundesratsersatzwahlen	5
1.2.	Personelle Wechsel an der Fraktionsspitze und im Präsidium des Ständerates	6
1.3.	Kantonale Wahlen und Volksabstimmungen	7
1.4.	Wahlkampf 2019: Gemeinsam weiterkommen!	8
1.5.	Ausblick	9
2.	PLR.Les Libéraux-Radicaux : Plus loin ensemble	12
2.1.	Retrait de Didier Burkhalter et élection complémentaire au Conseil fédéral	12
2.2.	Changement de personnel au sein de la direction du groupe et à la présidence du Conseil des Etats 13	
2.3.	Votations et élections cantonales.....	14
2.4.	Campagne électorale 2019 : Plus loin ensemble !.....	15
2.5.	Perspectives	16
3.	Parteiarbeit / DV	19
3.1.	Delegiertenversammlung in Fribourg vom 4. März 2017	19
3.2.	Delegiertenversammlung in Grenchen vom 24. Juni 2017	19
3.3.	Delegiertenversammlung in Engelberg vom 21. Oktober 2017	20
4.	Parteiarbeit mit kantonalen Vertretern im Jahr 2017	21
4.1.	Parteipräsidentenkonferenz (PPK).....	21
4.2.	Sekretärenkonferenz (SK).....	21
4.3.	Volksabstimmungen	21
5.	Frühlingssession - Session de printemps (27.02.-17.03.2017)	23
5.1.	Von der Altersvorsorge und der direkten Demokratie.....	23
5.2.	Vorstösse der FDP-Liberale Fraktion.....	23
6.	Sondersession Nationalrat - Session spéciale Conseil National (02.-04.05.2017)	25
7.	Sommersession – Session d’été (29.05.-17.06.2017)	25
7.1.	Keineswegs nur heisse Luft in der Sommersession	25
7.2.	Vorstösse der FDP-Liberale Fraktion.....	26
8.	Herbstsession – Session d’automne (11.09.-29.09.2017)	28
8.1.	Zukunft auch weiterhin in der Hand der FDP	28

9.	Wintersession – Session d’hiver (27.11.-15.12.2017)	28
9.1.	Zurück in die Zukunft.....	28
9.2.	Vorstösse der FDP-Liberale Fraktion.....	29
10.	FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz	31
10.1.	Generalversammlung der FDP.Die Liberalen Frauen.....	31
10.2.	Geschäftsleitung, Präsidentinnenkonferenz, Klausur	32
10.3.	Bundesratswahlen vom 20. September 2017	32
10.4.	Eidgenössische Abstimmungen 2017	32
10.5.	Schlusswort	33
11.	FDP.Die Liberalen Service Public	34
11.1.	Aus dem Vorstand.....	35
12.	FDP International	36
12.1.	Vertretung der FDP in internationalen Organisationen	36
12.2.	Auslandschweizer	36
12.3.	Wichtige Veranstaltungen	37
12.4.	Internes	37
13.	Anhang – Annexe.....	38
13.1.	Anhang A – Annexe A.....	38
13.2.	Anhang B – Annexe B.....	38
13.3.	Anhang C – Annexe C.....	39
13.4.	Anhang D – Annexe D.....	39

Jahresbericht 2017

1. FDP.Die Liberalen: Gemeinsam weiterkommen

Samuel Lanz, Generalsekretär FDP.Die Liberalen

Das Jahr 2017 war ein erfolgreiches Jahr für FDP.Die Liberalen. Zwar war das Jahr geprägt von vielen Überraschungen und grossen Herausforderungen. Doch gelang es der Partei unter der Führung von Parteipräsidentin Petra Gössi diese grossen Herausforderungen zu meistern. Die wichtigsten Ereignisse des Jahres 2017 sind sicherlich die verlorene Abstimmung zur Unternehmenssteuerreform III, der Rücktritt unseres Bundesrates Didier Burkhalter, die Bundesratswahl von Ignazio Cassis und als gelungener Jahresabschluss die gewonnene Abstimmung zur Rentenreform. Daneben konnte die FDP ihr siegreiches Abschneiden in kantonalen Wahlen fortschreiben. Jetzt geht es darum, dass wir den Schwung mitnehmen können: die Wahlen 2019 stehen schon wieder vor der Türe. Entsprechend hat die Partei bereits 2017 die Arbeiten für den bevorstehenden Wahlkampf aufgenommen.

1.1. Rücktritt von Didier Burkhalter und Bundesratsersatzwahlen

Am 14. Juni informierte Bundesrat Didier Burkhalter die Partei und die Öffentlichkeit, dass er auf Ende Oktober von seinem Amt als Bundesrat zurücktreten wird. Damit begann für die Partei ein anspruchsvoller Sommer. Dass die FDP Anspruch auf den frei werdenden Bundesratssitz hat, war unbestritten. Mit 16,4 % Wähleranteil ist die FDP klar die drittstärkste Partei. Innert 24 Stunden entschied der Parteivorstand über den Prozess und die Organisation dieser Bundesratsersatzwahl. Die kantonalen Parteien und die nahestehenden Organisationen, wie die FDP Frauen und Jungfreisinnigen, wurden aufgefordert, bis zum 11. August der FDP Schweiz Kandidaten zu melden. Bis zum Ablauf der Frist gingen drei Kandidaturen bei der FDP Schweiz ein: Isabelle Moret, Pierre Maudet und Ignazio Cassis wurden von ihren jeweiligen Kantonalparteien für die Nachfolge von Bundesrat Didier Burkhalter nominiert. Die FDP war erfreut, dass sich drei äusserst fähige Persönlichkeiten zur Verfügung stellten, welche alle über langjährige Erfahrung in politischen Spitzenämtern verfügen:

- › Isabelle Moret als Nationalrätin und ehemalige Vize-Präsidentin der FDP.Die Liberalen
- › Pierre Maudet als Regierungsrat und ehemaliger Präsident der Genfer Kantonalpartei
- › Ignazio Cassis als Nationalrat und Präsident der FDP-Liberalen Fraktion

An dieser Stelle möchte die FDP nochmals herzlich den drei Kantonalparteien Waadt, Genf und Tessin für die rasche Nomination der hervorragenden Kandidaten danken. Das zeigt, dass die Aufbauarbeit in den Kantonen Früchte trägt und die FDP über bestens qualifizierte Mandatsträger verfügt.

Innerhalb von zehn Tagen führte die FDP dann mit den Kandidaten in der ganzen Schweiz eine Roadshow durch. An verschiedenen Anlässen traten die Kandidaten in der Öffentlichkeit auf und beantworteten die Fragen der lokalen Bevölkerung. Die Anlassreihe war ein grosser Erfolg für die gesamte Partei. Es konnte gezeigt werden, dass die FDP den direkten Kontakt mit den Menschen in diesem Land pflegt. Eine Roadshow von solch einem Ausmass war ein Novum in der Schweizer Politik und soll als Massstab für künftige Bundesratswahlen der FDP dienen.

Am 2. September diskutierte die nationale FDP-Liberale Fraktion über das mögliche Ticket für die Bundesratswahl. Dabei sprach sich die Fraktion für ein Dreierticket aus. Wichtigstes Argument war, der Bundesversammlung eine echte Auswahl zu geben. Mit einem Dreierticket berücksichtigte die Fraktion drei unterschiedliche Profile. Entsprechend nominierte die Fraktion alle drei Kandidaten zuhanden der Vereinigten Bundesversammlung für die Bundesratsersatzwahl vom 20. September 2017.

Am 20. September wählte dann die Vereinigte Bundesversammlung Nationalrat Ignazio Cassis zum neuen Bundesrat. Mit dieser Wahl unterstrich die Bundesversammlung die Wichtigkeit der ausgeglichenen sprachlichen und kulturellen Vertretung im Bundesrat. Mit dem Tessiner gewinnt die Regierung ein erfahrenes und kompetentes Mitglied, das sich mit aller Kraft für die Interessen der Schweiz einsetzen und sich mit vollem Engagement den grossen Herausforderungen stellen wird.

Die FDP ist stolz, dass Ignazio Cassis die Partei mit ihren liberalen Werten im Bundesrat vertritt und wünscht ihm viel Erfolg bei der Ausübung seiner Funktion.

Die FDP dankt Nationalrätin Isabelle Moret und Regierungsrat Pierre Maudet herzlich für ihre hervorragenden Kandidaturen und freut sich darüber, auch in Zukunft auf das Engagement im Rahmen ihrer Ämter zählen zu können.

Mit Didier Burkhalter verlässt ein wahrer Staatsmann die politische Bühne der Schweiz. Er zeichnete sich durch hohe politische Intelligenz und Kompetenz aus und lebte wie kein anderer den Respekt vor unseren politischen Institutionen vor. Didier Burkhalter hat immer die Interessen der Allgemeinheit über Partikularinteressen gestellt und sich mit Herzblut für die Werte der Schweiz eingesetzt, auch wenn er damit zuweilen auch auf Widerstand stiess.

An der letzten Delegiertenversammlung vom 21. Oktober 2017 in Engelberg verabschiedete sich die Partei mit einer Standing Ovation von Didier Burkhalter. Die FDP dankt Didier Burkhalter herzlich für sein aussergewöhnliches Engagement im Dienst unseres Landes und seiner Bürgerinnen und Bürger. Wir wünschen ihm für seine Zukunft viel Erfolg und viel Freude in der Ausübung neuer Aufgaben. Von Herzen ein grosses Dankeschön, Didier!

1.2. Personelle Wechsel an der Fraktionsspitze und im Präsidium des Ständerates

Mit der Wahl von Ignazio Cassis in den Bundesrat wurde auch eine Neubesetzung des Fraktionspräsidiums notwendig. Die FDP-Liberale Fraktion wählte einstimmig Nationalrat Beat Walti zu ihrem neuen Präsidenten. Beat Walti sitzt seit 2014 im Nationalrat und war seit Beginn dieser Legislatur Vize-Präsident der Fraktion. Von 2008 bis 2016 hat er die FDP Zürich präsidiert. Während und seit der Wahl von Ignazio Cassis in den Bundesrat hatte er das Präsidium der Fraktion ad interim erfolgreich übernommen. Als neuer Vizepräsident der Fraktion wurde Nationalrat Hugues Hiltbold einstimmig gewählt. Der Genfer Architekt war von 2001 bis 2007 Mitglied des Grossen Rates, bevor er 2007 den Sprung in den Nationalrat schaffte. Die FDP gratuliert beiden herzlich und dankt ihnen bereits jetzt für ihren Einsatz.

2017 wurde zudem Karin Keller-Sutter als Präsidentin des Ständerats und Isabelle Moret als zweite Vize-Präsidentin des Nationalrats gewählt. Nach den Ratspräsidien von Christa Markwalder und Raphaël Comte 2015/2016 werden somit erneut Mitglieder der FDP-Liberale Fraktion verantwortungsvolle Aufgaben innerhalb der Bundesversammlung übernehmen. Die FDP dankt auch Thomas Hefti, der sich als Ersatzstimmzähler im Ständerat zur Verfügung stellt. Damit steht das nächste Präsidium bereits in Aussicht. FDP. Die Liberalen gratuliert allen drei Fraktionsmitglieder zu ihrer Wahl!

Auch im Generalsekretariat kam es 2017 zu verschiedenen personellen Wechsel. So trat im Herbst Martin Stucki die Nachfolge von Georg Därendinger als Kommunikationschef an. Michael Mandl wurde zum neuen Fraktionssekretär berufen, nachdem Charles Jean-Richard in den Stab von Bundesrat Ignazio Cassis wechselte. Matthias Leitner, der bisherige Kampagnenleiter, wurde zum Leiter Parteiorganisation und somit zum stellvertretenden Generalsekretär gewählt. Seine Nachfolge als Kampagnenleiter trat Marcel Schuler an. Für die Romandie konnten Karine Barras als Pressesprecherin und Floriane Wyss als Koordinatorin für die welschen Kantone dazugewonnen werden. Damit ist das Generalsekretariat für die Wahlen 2019 bestens gerüstet.

1.3. Kantonale Wahlen und Volksabstimmungen

Auch 2017 fanden in verschiedenen Kantonen Wahlen statt. Dabei konnten insgesamt 17 zusätzliche Sitze in kantonalen Legislativen dazugewonnen werden. Damit ist die FDP noch 13 Sitze davon entfernt, die schweizweit stärkste Kraft in den kantonalen Parlamenten zu werden. Neben den Wahlerfolgen in den Legislativen konnte auch ein Regierungsratsmandat im Kanton Wallis dazu gewonnen werden. Leider verlor die FDP jedoch einen Sitz in der Kantonsregierung des Kantons Solothurn. Insgesamt lässt sich aber feststellen, dass die Partei den Schwung aus den Nationalratswahlen 2015 mitnehmen konnte und seither insgesamt 23 Sitze (inkl. der LDP) in den kantonalen Wahlen dazugewonnen hat. Für diesen Erfolg gibt es hauptsächlich drei Gründe: Erstens hat sich die Partei klar und selbständig als liberaler Pol positionieren können. Sie versteht sich als liberale, reformorientierte Kraft, die nach den Werten Freiheit, Gemeinwohl und Fortschritt politisiert. Der zweite Grund liegt im Umbau der Partei zu einer Bewegung. Wir sprechen mit unseren Inhalten direkt die Menschen und ihre Bedürfnisse an und bieten liberale Lösungen. Damit hängt auch der dritte Grund zusammen: Der Erfolg ist in erster Linie den Leuten zu verdanken, die für die FDP auf die Strasse gehen. Wir Liberale sind auf allen Ebenen der Gesellschaft, der Wirtschaft und der Politik engagiert und helfen mit, dass es allen Menschen in diesem Land auch morgen noch gut geht.

Neben den sehr guten Resultaten in den kantonalen Wahlen sind auch in dieser Legislatur die Resultate bei den eidgenössischen Volksabstimmungen sehr erfreulich. Ausser bei der Unternehmenssteuerreform III konnte die FDP mit ihrer Position jeweils eine Mehrheit der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger überzeugen – das hat sonst keine andere Partei geschafft. Aber gerade bei der Unternehmenssteuerreform III ist auch der kritischste Punkt zu verordnen: Nachdem 2016 das Parlament eine gute und ausgewogene Vorlage erarbeitet hat, welche insbesondere auch von den Kantonen gestützt wurde, ergriff die SP das Referendum. Schliesslich lehnte das Stimmvolk die UR III am 12. Februar 2017 an der Urne ab. Bei dieser wichtigen Vorlage konnte die Partei die Menschen zu wenig von deren Notwendigkeit für die Kantone und die Unternehmen überzeugen. Die FDP bedauert die Ablehnung der Steuerreform. Das Abstimmungsresultat darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass eine Reform zwingend nötig ist. In der Schweiz tätige Unternehmen brauchen Rechtssicherheit und müssen Gewissheit haben, dass ihre Besteuerung international akzeptiert wird. So muss mit Rücksicht auf die unterschiedliche Ausgangslage in den Kantonen noch im 2018 eine international akzeptierte und wettbewerbsfähige Vorlage ausgearbeitet und vom Parlament verabschiedet werden.

Hingegen konnte mit dem Nein zur Altersvorsorge 2020 (AV2020) aufgezeigt werden, dass die Zückerchenpolitik mit dem süßen Gift von vermeintlichen Rentengeschenken an die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land nicht verfängt. Vielmehr haben sich Volk und Stände im September 2017 erneut gegen populistische Rentenversprechen ausgesprochen, welche der AHV geschadet hätten. Die ungerechten Folgen der AV2020 für Junge, Frauen und Seniorinnen und Senioren wurden in einer von der FDP stark mitgeprägten Kampagne in den

Vordergrund gestellt; die Argumente verfeinern. Nachdem die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger bereits im September 2016 die AHVplus-Initiative klar ablehnten, ist der AHV-Ausbau mit der Giesskanne nun hoffentlich endgültig vom Tisch. Damit ist der Weg frei für eine echte und nachhaltige Reform. Die FDP wird nun im Dialog mit anderen konstruktiven Kräften im Parlament einen echten Kompromiss erarbeiten. Die FDP erwartet, dass sich auch die Verliererseite konstruktiv einbringt und nicht auf Totalopposition stellt.

Ebenfalls erfreulich war, dass der Gegenentwurf zur Volksinitiative «Für Ernährungssicherheit» sehr klar angenommen wurde. Der hohe Ja-Anteil zeigte, dass die Landwirtschaftspolitik von Bundesrat Johann Schneider-Ammann auch von der Bevölkerung gestützt wird. Damit bleibt der internationale Freihandel auch zukünftig eine wichtige Stütze unserer Wirtschaftspolitik.

Die Anpassung des Energiegesetzes wurde im Frühling 2017 von den Delegierten der FDP knapp zur Annahme empfohlen. Die Vorlage wurde allgemein kritisch beurteilt, weil sie neben Technologieverböten auch einen weiteren Ausbau der Subventionspolitik beinhaltete. Trotzdem sah eine knappe Mehrheit die Vorlage als Chance für eine zukunftsorientierte Energiepolitik, die u.a. eine Befristung der Subventionen vorsieht. Im Nachgang zur Abstimmung zum Energiegesetz ist es nun essentiell, dass die Energie- und Klimapolitik näher an den Markt geführt wird. Die ausufernde Subventionswirtschaft ist der Riegel zu schieben. Darum muss langfristig ein besseres Modell gefunden werden. Die FDP hat bereits entsprechende Vorstösse eingereicht.

In der Februarabstimmung zum Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF) und zur erleichterten Einbürgerung der 3. Generation ist das Volk ebenfalls den Parolen der FDP gefolgt. Mit Annahme der erleichterten Einbürgerung der 3. Generation werden schnellere und einfachere Verfahren eingeführt, was unnötige Bürokratie seitens des Bundes verhindert. Mit dem NAF wird die Finanzierung der Strasseninfrastruktur langfristig gesichert und der Fondslösung bei der Bahn gleichgestellt. Durch gezielte Investitionen in den Betrieb, Unterhalt und Ausbau der Nationalstrassen können Engpässe und Staus endlich strategisch angegangen und behoben werden.

1.4. Wahlkampf 2019: Gemeinsam weiterkommen!

Am 2. September feierte die FDP in Auvernier (NE) den Tag der FDP. Mehr als 1000 Mitglieder, Sympathisantinnen und Parteiprääsidenten feierten mit. Parteipräsidentin Petra Gössi zeigte in ihrer Rede auf, wie die FDP sich für die kommenden Jahre positionieren will: Die Schweiz ist ein Erfolgsmodell. Dieses zu sichern, ist die grosse Herausforderung und unsere Aufgabe – als Liberale, als Freisinnige, als Partei. Unsere liberalen Werte Freiheit, Gemeinsinn, Fortschritt sind dabei zentral für den Erfolg. Die FDP ist die einzige Partei in der Schweiz, die eine positive, konstruktive Zukunftsvision für unser Land entwickeln kann. Dieser Aufgabe wird sich die Partei stellen und ihre Verantwortung für eine Schweiz, die weiterkommt, wahrnehmen. Die FDP will sicherstellen, dass unser Land auch für die zukünftigen Generationen attraktiv und erfolgreich bleibt.

Das funktioniert aber nur, wenn wir auf unsere Traditionen und unser Erbe aufbauen. Und hier sind unsere liberalen Werte Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt zentral. Sie haben unser Land gross gemacht. Und sie sind auch die nächsten Jahre entscheidend. Denn sie sind das Instrument, um die Zukunft nicht als Bedrohung, sondern als Chance wahrnehmen zu können. Der Freisinn, das sind wir. Und wir wollen den Menschen in unserem Land Mut und Hoffnung machen, nicht Angst vor der Zukunft schüren. Die 2014 verabschiedeten liberalen Werte Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt sollen das Fundament für eine neue, positive, zukunftsorientierte liberale Vision unseres Landes bilden. Entsprechend wird der FDP-Wahlkampf 2019 unter dem Titel „Gemeinsam weiterkommen“ geführt werden.

Die FDP feierte am Tag der FDP unter Beisein der beiden Bundesräten Didier Burkhalter und Johann Schneider-Ammann sowie den alt Bundesräten Elisabeth Kopp, Hans-Rudolf Merz und Pascal Couchepin ein tolles Fest mit einer wunderbaren Stimmung. Im Mittelpunkt stand das gemeinsame Weiterkommen, was insbesondere das Zukunftsbild der Schweiz zum Kern hat. Hierzu äusserten auch alle aktuellen sowie ehemaligen Mitglieder der Landesregierung ihre Vorstellungen.

Auch organisatorisch konnten die ersten Schritte für den Wahlkampf 2019 gemacht werden. Die PPK traf 2017 die ersten Grundsatzentscheide für die bevorstehenden nationalen Wahlen. So wurde das Ziel für die Wahlen 2019 bereits definiert:

- › FDP.Die Liberalen will zweitstärkste Kraft nach Wähleranteil im Nationalrat werden und somit die SP überholen.
- › FDP.Die Liberalen will die stärkste Kraft im Ständerat werden.

Ebenfalls wurde Generalsekretär Samuel Lanz als nationaler Wahlkampfleiter gewählt. In dieser Funktion wird er die strategische und operative Gesamtverantwortung für ein erfolgreiches Abschneiden im Jahr 2019 tragen. Ihm wird ein kleines Wahlkampfteam bestehend aus Mitgliedern des Vorstandes und der PPK zur Seite stehen. Entsprechend wurde das Generalsekretariat 2017 im Hinblick auf die Wahlen 2019 neu organisiert. Neben den bestehenden Teams Fraktion & Politik und Administration wurden die Kommunikation, die Parteiarbeit und die Kampagnen-Abteilung neu organisiert. Inskünftig gibt es neben einem kleinen, aber schlagkräftigen Kommunikationsteam, welches sich um die tagespolitischen Aktualitäten kümmert, ein grosses Team Parteiorganisation, das von Matthias Leitner als Stv. GS geleitet wird.

1.5. Ausblick

Die nächsten Jahre werden sehr entscheidend sein, denn das Erfolgsmodell Schweiz wird von verschiedenen Seiten in Gefahr gebracht. Hier kommt die Gefahr von zwei Seiten: Die konservativen Kreise werden versuchen den für unser Land wichtigen bilateralen Weg zu unterminieren und unsere Schweiz international zu isolieren. Hierzu werden wichtige Abstimmungen auf uns zukommen wie die Selbstbestimmungsinitiative, dem möglichen Referendum gegen das für unser Land wichtige Schengen-Abkommen und einer Initiative zur Kündigung der Personenfreizügigkeit und damit verbunden der Bilateralen Verträge. Linke Kreise werden mit der 99%-Initiative und Konzernverantwortungsinitiative weiterhin Arbeitsplätze in unserem Land gefährden. Daneben müssen wir uns Abstimmungen stellen, deren Resultat niemand abschätzen kann, wie beispielsweise die Vollgeldinitiative. Umso mehr braucht es bei den nächsten Abstimmungen eine FDP, die vorwärtsschaut. Wir wollen Fortschritt für unser Land und an der Weltspitze der innovativsten Länder bleiben.

Bezüglich der personellen Situation ist die FDP in einer sehr guten Ausgangslage. Mit unserem neuen Bundesrat Ignazio Cassis können wir uns auch weiterhin direkt für die wichtigen aussenpolitischen Beziehungen und damit für den Bilateralen Weg verantwortlich zeichnen. Ignazio Cassis wird die Aufgabe haben, den bilateralen Weg zu stärken. Die bilateralen Verträge sind zentral für die Wirtschaft und den Wohlstand unseres Landes, denn sie sind eine massgeschneiderte Lösung für unsere Beziehungen mit der EU. Dank seiner politischen Erfahrung, seinen Führungsqualitäten als Fraktionspräsident, seiner Dossierfestigkeit und seiner Kenntnisse der Landessprachen, ist Ignazio Cassis wie geschaffen, um die Schweiz im Ausland zu repräsentieren. Mit Bundesrat Johann Schneider-Ammann steht weiterhin ein erfolgreicher Unternehmer an der Spitze des WBF, das ist für FDP sehr wichtig. Die Wirtschaft in der Schweiz muss stark sein, damit Arbeitsplätze und Wohlstand in unserem Land

erhalten bleiben. Gleichzeitig wird die FDP das so wichtige Thema der Digitalisierung weiterhin aktiv thematisieren, um die Chancen aufzuzeigen und den Ängsten entgegenzutreten – dies ist für die Zukunft unseres Landes entscheidend.

Für die FDP werden in dieser Legislatur noch in wichtigen Bereichen Weichen gestellt und es gibt bei verschiedenen Baustellen noch Handlungsbedarf:

- › Migration: Nach der erfolgreichen Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative und der parallel verabschiedeten Integrationsbotschaft müssen im Bereich Migration (auch im Asylwesen) die geltenden Gesetze konsequent angewendet werden. Denn die FDP steht weiterhin mit aller Kraft für eine harte, aber faire Migrationspolitik ein.
- › Europapolitik: In der Europapolitik ist wichtig, dass die Schweiz die Chance der Stunde zu ihren Gunsten nutzt, um die institutionellen Fragen mit der EU zu klären. Hektik ist aber ein schlechter Ratgeber. Vielmehr soll der Bundesrat seine Trümpfe intelligent ausspielen. Die FDP wird sich auch weiterhin für einen gesunden und erfolgreichen Bilateralen Weg einsetzen. Es braucht eine einheitliche Strategie – entsprechen müssen die Partikularinteressen zurückgestellt werden. Mit einer klaren Positionierung und einer Delegiertenversammlung zum Thema im Sommer 2018 will sich die FDP für die kommenden Wahlen europapolitisch rüsten.
- › AHV: Mit der Ablehnung der Altersvorsorge2020 hat die FDP eine schädliche Scheinreform verhindert. Die AHV muss jetzt auf gesunde Beine gestellt werden. Die FDP hält Wort und wird aktiv, konstruktiv und kompromissfähig im Parlament mit allen lösungsinteressierten Kräften an einer nachhaltigen Reform arbeiten. Der neue Konsens wird aber drei Punkte erfüllen müssen: Erstens, muss er generationengerecht sein. Das bedeutet, dass sich Jung und Alt auf die Renten verlassen können müssen. Eine Sozialversicherung ist nur sozial, wenn die Rentenversprechen auch in Zukunft garantiert sind. Zweitens, muss die neue Lösung zukunftsgerecht bzw. nachhaltig sein. Es darf keine Scheinreform mehr entstehen, welche die verschiedenen Säulen miteinander vermischt und muss ehrlich finanziert sein. Drittens muss die neue Reform gerecht für die Schwachen sein. Das heisst, dass die Schwächsten nicht schlechter gestellt werden sollen. Dabei geht es um eine fokussierte Unterstützung anstatt einer Giesskanne.
- › Arbeitsplätze und Digitalisierung: Die Digitalisierung ist in vollem Gange. Sie eröffnet riesige Chancen, vorausgesetzt, wir setzen die richtigen liberalen Rahmenbedingungen. Die FDP will, dass die Schweiz im Bereich Innovation weiterhin Weltspitze bleibt und sie das Potential der Digitalisierung nutzt, um den Standort Schweiz zu stärken. Doch bereits drohen auch jetzt wieder schädliche Ideen und Überregulierung von Links. Hier will sich die FDP in der zweiten Hälfte der Legislatur noch verstärkt einbringen. Für die Arbeitsplatzsicherheit ist zudem wichtig, dass der Bundesrat nach dem Nein zur Unternehmenssteuerreform III schnell mit der neuen Steuervorlage 17 vorwärts macht. Es darf auf keinen Fall dazu kommen, dass mit der neuen Vorlage die KMU die Zeche zahlen müssen. Auch müssen die für unser Land wichtigen Grossunternehmen in Zukunft wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen vorfinden. Dies zu erarbeiten wird in der zweiten Hälfte der Legislatur eine grosse Herausforderung.

Für das Jahr 2018 sind entsprechend die inhaltlichen Prioritäten klar. Zudem wird die Partei in diesem Jahr ihre liberale Vision für die Zukunft der Schweiz präsentieren und so das inhaltliche Fundament für die Wahlen 2019 legen. Jetzt geht es darum, nicht nachzulassen. Die FDP ist knapp zwei Jahre vor den Wahlen gut aufgestellt. Aber wir dürfen uns auf keinen Fall auf diesen Lorbeeren ausruhen, damit wir gemeinsam weiterkommen.

2. PLR.Les Libéraux-Radicaux : Plus loin ensemble

Samuel Lanz, secrétaire général du PLR.Les Libéraux-Radicaux

L'année 2016 fut une année pleine de succès pour PLR.Les Libéraux-Radicaux : une année remplie de surprises et de grands défis, que le parti a pu surmonter sous la direction de sa présidente, Petra Gössi. La votation perdue sur la réforme de l'imposition des entreprises III, le retrait de notre conseiller fédéral Didier Burkhalter, l'élection d'Ignazio Cassis au Conseil fédéral et, pour terminer l'année en beauté, la votation remportée sur la réforme des retraites, font partie des moments qui ont marqué l'année 2017. Le PLR a en outre pu obtenir de très bons résultats à l'issue des élections cantonales. Il s'agit maintenant d'utiliser cet élan créé pour les élections 2019 qui arrivent à grands pas. Le parti a déjà donc entamé dès 2017 les préparatifs pour la campagne électorale à venir.

2.1. Retrait de Didier Burkhalter et élection complémentaire au Conseil fédéral

Le 14 juin 2017, le conseiller fédéral Didier Burkhalter informait le parti et le grand public qu'il quitterait son poste de conseiller fédéral à fin octobre. Cette annonce a marqué le début d'un été chargé pour le parti. Le PLR avait incontestablement droit au siège libéré au Conseil fédéral. Avec 16,4% d'électorat, le PLR est clairement le troisième parti le plus fort de Suisse. Dans un délai de 24h, le Comité directeur a statué sur le processus et l'organisation de cette élection complémentaire au Conseil fédéral. Jusqu'au 11 août 2017, il a été demandé aux partis cantonaux et aux organisations affiliées, telles que le PLR Femmes et les Jeunes Libéraux-Radicaux, d'annoncer des candidat-e-au PLR Suisse s. Durant ce délai, trois candidatures ont été reçues auprès du PLR Suisse : Isabelle Moret, Pierre Maudet et Ignazio Cassis avaient été nommés par leur parti cantonal respectif pour succéder à Didier Burkhalter. Le PLR était ravi que trois personnalités particulièrement compétentes et jouissant de plusieurs années d'expérience au sein de hauts postes politiques se mettent à disposition :

- › Isabelle Moret, comme conseillère nationale et ancienne vice-présidente du PLR.Les Libéraux-Radicaux
- › Pierre Maudet, comme conseiller d'Etat et ancien président du PLR Genève
- › Ignazio Cassis, comme conseiller national et président du groupe parlementaire libéral-radical

PLR remercie à nouveau les partis cantonaux de Vaud, Genève et du Tessin pour la rapide nomination d'excellent-e-s candidat-e-s. Cela prouve que le travail de développement auprès des cantons porte ses fruits et que le PLR dispose d'élu-e-s les mieux qualifié-e-s.

Durant dix jours, le PLR a réalisé avec les candidat-e-s un roadshow à travers toute la Suisse. Ceux-ci ont eu l'occasion, lors de plusieurs évènements, de faire des apparitions publiques et de répondre ainsi aux questions de la population locale. Les roadshows furent une réussite pour le PLR : il a ainsi pu démontrer qu'il soigne sa relation directe avec les gens du pays. Un roadshow d'une telle ampleur était une première dans la politique suisse, et ce type de fonctionnement doit devenir la norme pour de prochaines élections PLR au Conseil fédéral. Le 2 septembre, le groupe parlementaire libéral-radical a discuté du ticket qu'il allait proposer pour l'élection au Conseil fédéral. C'est un ticket à trois qui a finalement été privilégié, justifié en grande partie par le désir de proposer un véritable choix à l'Assemblée fédérale. Un ticket à trois permettait au groupe de prendre en

considération trois profils différents. Par conséquent, les trois candidat-e-s furent sélectionné-e-s et proposé-e-s à l'Assemblée fédérale lors de l'élection du 20 septembre 2017.

Le 20 septembre 2017, les deux Chambres de l'Assemblée fédérale ont élu le conseiller national Ignazio Cassis au Conseil fédéral. Cette élection a permis de mettre en évidence l'importance d'une représentation équilibrée des langues nationales et des cultures. Avec le Tessinois, le gouvernement gagne un membre expérimenté et compétent, prêt à mettre toute son énergie au profit de la Suisse et à faire face aux défis qu'elle rencontre.

Le PLR est fier qu'Ignazio Cassis représente notre parti et ses valeurs libérales au Conseil fédéral et lui souhaite plein succès dans l'exercice de sa nouvelle fonction.

Le PLR remercie la conseillère nationale Isabelle Moret et le conseiller d'Etat Pierre Maudet pour leurs excellentes candidatures et se réjouit de pouvoir continuer à compter sur leur engagement dans le cadre de leurs fonctions. Le conseiller fédéral Didier Burkhalter est un vrai homme d'Etat avec de fortes compétences et une intelligence politique. Il s'est engagé comme aucun en faveur des institutions politiques de notre pays. Il a toujours défendu les intérêts publics avant les intérêts privés et a été un fervent défenseur des intérêts et des valeurs de notre pays – même lorsque le vent ne lui était pas favorable.

Le 21 octobre, à Engelberg, lors de la dernière Assemblée des délégués de 2017, le PLR a tenu à lui dire au revoir sous un tonnerre d'applaudissement. Le PLR remercie Didier Burkhalter pour son inlassable engagement au service de notre pays et de ses citoyens. Nous lui souhaitons plein succès et beaucoup de bonheur dans la réalisation de nouvelles missions. Du fond du cœur : Merci Didier !

2.2. Changement de personnel au sein de la direction du groupe et à la présidence du Conseil des Etats

Avec l'élection d'Ignazio Cassis au Conseil fédéral, le groupe parlementaire devait renouveler sa présidence du groupe. Le groupe libéral-radical a élu à l'unanimité le conseiller national Beat Walti au poste de président. Président du PLR Zürich de 2008 à 2016, Beat Walti occupait depuis 2014 la fonction de conseiller national et était, depuis le début de la législature, vice-président du groupe. Pendant et après l'élection d'Ignazio Cassis au Conseil fédéral, il a exercé la fonction de président ad interim du groupe parlementaire. Hugues Hiltpold a été élu vice-président du groupe à l'unanimité. L'architecte genevois Hugues Hiltpold, député au Grand conseil genevois de 2001 à 2007, a été élu en 2007 au conseil national. Le PLR les félicite chaleureusement pour leur élection, et les remercie pour leur engagement.

En 2017, Karin Keller-Sutter a été élue au poste de présidente du Conseil des Etats et Isabelle Moret à la 2ème vice-présidence du Conseil national. Après les présidences aux Conseils de Christa Markwalder et Raphaël Comte en 2015/2016, ce sont une nouvelle fois des membres du groupe parlementaire libéral-radical qui prendront en charge d'importantes responsabilités au sein de l'Assemblée fédérale. Le PLR remercie également Thomas Hefti pour sa mise à disposition pour le poste de scrutateur suppléant au Conseil des Etats. La prochaine présidence est ainsi déjà en vue. PLR. Les Libéraux-Radicaux félicite les trois membres du groupe parlementaire pour leur élection !

Au sein du secrétariat général aussi, 2017 a été une année de changement de personnel. Martin Stucki a succédé à Georg Därendinger au poste de chef de la communication. Michael Mandl est désormais le nouveau secrétaire du groupe parlementaire après que Charles Jean-Richard ait intégré l'équipe d'Ignazio Cassis. Matthias Leitner, jusqu'alors chef campagne, a été élu au poste de chef de l'organisation du parti et secrétaire général adjoint. Marcel Schuler lui a succédé au poste de chef campagne. La Romandie peut désormais compter sur le travail de

Karine Barras, porte-parole romande, et de Floriane Wyss, coordinatrice romande. Le secrétariat général est ainsi on ne peut mieux préparé aux élections de 2019.

2.3. Votations et élections cantonales

En 2017, des élections cantonales ont également eu lieu, au cours desquelles 17 sièges ont pu être gagnés au législatif cantonal. Il ne manque désormais au PLR plus que 13 sièges pour être la plus importante force suisse dans les parlements cantonaux. En plus des succès récoltés aux élections législatives, un siège au Conseil d'Etat a été remporté en Valais. Le PLR a malheureusement perdu un siège au gouvernement cantonal à Soleure. On constate toutefois que le PLR est parvenu à saisir l'élan créé par les élections au Conseil national de 2015 et a gagné, depuis lors, 23 sièges (incl. LDP) aux élections cantonales. Trois raisons expliquent ce succès : Premièrement, le parti a clairement pu s'imposer en tant que pôle libéral. Il se considère comme une force libérale et réformée, menant une politique axée sur les valeurs Liberté, Cohésion et Innovation avec lesquelles la population suisse peut s'identifier. La deuxième raison est que ces dernières années, le PLR s'est toujours plus distancié du parti politique classique, pour se rapprocher du mouvement. Avec les solutions libérales qu'il propose, le parti répond aux besoins de la population. A cela vient s'ajouter une troisième raison : notre succès, nous le devons avant tout aux personnes qui militent pour le PLR. Nous, Libéraux-Radicaux, sommes engagés à tous les niveaux de la société, de l'économie et de la politique et contribuons à ce que tous les habitants de ce pays se portent bien.

En plus des très bons résultats aux élections cantonales, les résultats aux votations fédérales au cours de cette législature sont jusqu'à présent très réjouissants. Excepté pour la troisième réforme de l'imposition des entreprises, le PLR a, à chaque fois, pu convaincre une majorité de votantes et de votants – ce qu'aucun autre parti n'a réussi. Mais la réforme de l'imposition des entreprises reste le point le plus critique : en 2016, après que le Parlement ait élaboré un projet équilibré et également soutenu par les cantons, le PS a décidé de lancer un référendum. Finalement, la population a décidé, le 12 février 2017, de rejeter la RIE III. Le parti n'est pas parvenu à convaincre suffisamment la population de la nécessité de cette réforme pour les cantons et pour les entreprises. Le PLR déplore le refus de la réforme fiscale. Le résultat de la votation ne doit cependant pas masquer le fait qu'une réforme soit nécessaire. Les entreprises établies en Suisse ont besoin de sécurité juridique et doivent avoir la certitude que leur imposition est acceptée internationalement. Ainsi, le parlement doit élaborer une réforme reconnue au niveau international qui protège l'attractivité de la place économique suisse tout en prenant en compte les différents tissus économiques au sein des cantons.

Grâce au Non à la Prévoyance vieillesse 2020 (PV2020), nous avons en revanche pu démontrer que les citoyennes et citoyens de ce pays ne se laissent pas aveugler par une politique du susucre assortie de cadeaux sous forme de rentes empoisonnés. Et pour cause : en septembre 2017, population et cantons se sont à nouveau prononcés contre une promesse populiste de rentes, qui aurait pu nuire à l'AVS. Les conséquences injustes de la PV2020 pour les jeunes, les femmes et les seniors ont été largement mises en évidence dans la campagne largement soutenue par le PLR. Ayant déjà clairement rejeté l'initiative AVSPlus en septembre 2016, les suissesses et les suisses ont désormais définitivement mis fin au projet d'expansion de l'AVS par le principe de l'arrosoir. La voie est ainsi libre pour une réforme digne de ce nom. Le PLR mène en ce moment des discussions avec les autres forces constructives du Parlement, afin d'arriver à un compromis. Le PLR attend aussi des

perdants qu'ils s'investissent de manière constructive dans les négociations et ne se cantonnent pas à une opposition totale.

Le PLR s'est également réjoui de l'acceptation du contre-projet à l'initiative populaire « Pour la sécurité alimentaire ». La grande proportion de Oui a montré que la politique agricole du Conseiller fédéral Johann Schneider-Ammann est elle aussi soutenue par la population. Le libre-échange international reste ainsi à l'avenir un important appui pour notre politique économique.

Au printemps 2017, il a été recommandé aux délégués PLR d'accepter l'adaptation de la loi sur l'énergie. De manière générale, le projet a reçu un accueil mitigé, parce qu'en plus d'une interdiction de technologie, il y était également question de maintenir l'expansion de la politique de subventionnement. Une faible majorité y a tout de même entrevu une chance pour une politique énergétique tournée vers le futur, qui, entre autres, prévoyait une limitation des subventionnements. Au lendemain de la votation sur la loi sur l'énergie, il est essentiel que la politique climatique et énergétique soit dirigée de manière à être plus proche du marché. L'économie du subventionnement à rallonge est un verrou à faire sauter. Un meilleur modèle doit donc être trouvé à long terme. Le PLR a déjà déposé des interventions allant dans ce sens.

Lors de la votation de février sur le fonds pour les routes nationales et le trafic d'agglomération (FORTA) et sur la naturalisation facilitée des étrangers de la 3ème génération, les citoyens ont également suivi les recommandations de vote du PLR. Avec l'adoption de la naturalisation facilitée de la 3ème génération, les procédures seront plus rapides et plus simples, ce qui évite à la Confédération de la bureaucratie inutile. FORTA assure le financement des routes nationales à long terme. Grâce à des investissements ciblés en matière d'entretien et d'aménagement du réseau routier national, les goulets d'étranglement et les bouchons pourront enfin être éliminés efficacement.

2.4. Campagne électorale 2019 : Plus loin ensemble !

Le 2 septembre, PLR.Les Libéraux-Radicaux a célébré la journée du PLR à Auvernier (NE). Plus de 1000 membres, sympathisants et représentants du parti se sont mêlés à la fête. La présidente du parti, Petra Gössi, a exprimé dans son discours quelle position le PLR devra adopter pour les années à venir : La Suisse est un modèle à succès. L'assurer, est un grand défi, notre mission – en tant que libéraux, radicaux, en tant que parti. Nos valeurs libérales de Liberté, de Cohésion et d'Innovation sont un pilier central de la réussite. Le PLR est le seul parti de Suisse qui veut développer une vision libérale positive et orientée vers le futur. C'est la mission du parti et il en prend la responsabilité, pour une Suisse qui avance. Le PLR veut garantir que notre pays reste également attractif et à succès pour la nouvelle génération.

Mais cela ne peut fonctionner que si nous développons nos traditions et notre héritage. Et c'est là qu'interviennent nos valeurs libérales de Liberté, de Cohésion et d'Innovation : Elles ont fait grandir notre pays et seront également déterminantes pour les années à venir. Elles nous permettent de considérer le futur non pas comme une menace, mais comme une chance. Nous sommes le libéralisme radical. Et en tant que libéraux-radicaux, nous voulons que les citoyens de notre pays n'aient pas peur de l'avenir, mais aient de l'espoir et du courage. Nos valeurs libérales acceptées en 2014, Liberté, Cohésion et Innovation, sont le fondement pour une nouvelle vision libérale positive et orientée vers l'avenir. Par conséquent, la campagne électorale PLR de 2019 sera menée sous le slogan « Plus loin ensemble ».

Le PLR a célébré la journée du PLR, qui fut une fête réussie, dans une joyeuse ambiance, et en présence des deux conseillers fédéraux, Didier Burkhalter et Johann Schneider-Ammann ainsi que des ancien-ne-s conseiller-ère-s fédéraux-ales Elisabeth Kopp, Hans-Rudolf Merz et Pascal Couchepin. Point central de la fête : Avancer ensemble, ayant pour point central la vision d'avenir pour la Suisse. Des membres actuels et anciens du gouvernement ont à ce sujet pu en présenter leurs conceptions.

Sur le plan organisationnel aussi, les premiers jalons ont été posés pour la campagne électorale de 2019. La CPP a pris, en 2017 déjà, les premières décisions de fond concernant les élections nationales. L'objectif des élections a ainsi été défini :

- › Faire de PLR.Les Libéraux-Radicaux la deuxième force au Conseil national en termes d'électorat et ainsi dépasser le PS.
- › Faire de PLR.Les Libéraux-Radicaux la première force au Conseil des Etats.

Le secrétaire général, Samuel Lanz, a également été choisi comme chef campagne à l'échelle nationale. Cette fonction lui permettra d'assumer les responsabilités stratégiques et opératives pour faire de l'année 2019 une réussite. Une petite équipe de campagne composée de membres du Comité directeur l'accompagnera. Le secrétariat général a donc été réorganisé en 2017 en vue des élections de 2019. En plus des équipes politique et administration, la communication, le travail du parti et les campagnes ont fait l'objet d'une nouvelle organisation. A l'avenir, en plus de la petite, mais puissante, équipe de communication, qui s'occupe des sujets quotidiens d'actualité, une plus grande équipe d'organisation du parti sera créée, dirigée par Matthias Leitner, en tant que secrétaire général adjoint.

2.5. Perspectives

Les prochaines années seront décisives : En effet, le modèle à succès suisse est attaqué de toutes parts. Le danger vient de deux côtés : D'une part, les cercles conservateurs cherchent à miner la voie bilatérale, si importante pour notre pays, et à nous isoler de la scène internationale. D'importantes votations se profilent à l'horizon avec l'initiative sur l'autodétermination, le possible référendum contre l'Accord Schengen, si important pour notre pays, ou encore l'initiative de résiliation de la libre-circulation des personnes et des accords bilatéraux liés à cette dernière. D'autre part, les cercles de gauche nuisent aux places de travail disponibles en Suisse avec l'initiative 99%, récemment lancée, ou encore avec l'initiative « Pour des multinationales responsables ». Nous devons en outre prendre en compte les votations, pour lesquelles il est impossible de prédire un résultat, comme l'initiative « monnaie pleine ». Il est donc d'autant plus primordial d'avoir un PLR tourné vers l'avenir pour les votations à venir. Nous voulons de l'Innovation pour notre pays, et que ce dernier puisse se maintenir dans le haut du classement des pays les plus innovants.

En ce qui concerne nos représentants, le PLR se trouve en ce moment en très bonne posture. Avec notre nouveau conseiller fédéral Ignazio Cassis, nous pouvons continuer de montrer que nous prenons nos responsabilités dans les relations extérieures et que nous sommes ainsi concernés par la voie bilatérale. Ignazio Cassis aura la tâche de renforcer la voie bilatérale. Les accords bilatéraux sont centraux pour l'économie et la prospérité de notre pays. Ils représentent une solution appropriée pour nos relations avec l'UE. Grâce à son expérience politique, ses capacités de gestion de par son poste de président du groupe parlementaire, sa fermeté concernant le traitement des dossiers et sa connaissance des langues nationales, Ignazio Cassis est fait pour représenter la Suisse à l'étranger. A la tête du DEFR, le conseiller fédéral Johann Schneider-Ammann poursuit son excellent

travail. L'économie suisse doit être forte et faire en sorte que les places de travail et la prospérité soient maintenues en Suisse. Parallèlement, le PLR continuera d'aborder activement le thème de la numérisation afin d'en montrer les chances et de contrer les craintes qu'elle engendre – ce thème est crucial pour notre pays.

Les jalons seront également posés dans d'autres domaines importants encore au cours de cette législature et des actions seront nécessaires sur différents chantiers :

- › Migration : Suite à la mise en œuvre réussie de l'initiative sur l'immigration de masse et le message sur l'intégration adopté en parallèle, les lois correspondantes doivent être rigoureusement appliquées dans le domaine de la migration (aussi dans le domaine de l'asile). Le PLR est encore et toujours engagé pour une politique migratoire ferme, mais juste.
- › Politique européenne : Dans le domaine de la politique européenne, il est essentiel que la Suisse tire profit de la situation actuelle afin de clarifier les questions institutionnelles avec l'UE. Mais l'effervescence n'est pas bonne conseillère. Le Conseil fédéral devrait plutôt sortir ses cartes maîtresses intelligemment. Le PLR continuera de s'engager pour une voie bilatérale saine et efficace. Une stratégie unique est nécessaire – et ce faisant, les intérêts personnels doivent être laissés de côté. Avec une position claire et une Assemblée des délégués à ce sujet à l'été 2018, le PLR veut se préparer pour les élections sur le thème de la « politique européenne ».
- › AVS : Nous nous devons maintenant de fournir à l'AVS des bases solides. Le PLR tient parole et s'engage activement et constructivement à rechercher un compromis au parlement. Le nouveau consensus devra remplir toutefois trois points : premièrement, il devra être adapté aux générations. Ce qui signifie que les retraites soient garanties aux jeunes et aux moins jeunes. Une assurance sociale n'est sociale que si les promesses de retraites sont également garanties à l'avenir. Deuxièmement, il faut trouver une solution tournée vers l'avenir. Nous ne voulons plus de pseudo-réforme qui mélange les piliers entre eux. La réforme doit être honnêtement financée. Troisièmement, la nouvelle réforme doit être juste envers les plus faibles qui ne doivent pas être traités de manière défavorable. Il s'agit d'une distribution focalisée d'un soutien et non d'un arrosoir.
- › Places de travail et numérisation : La numérisation bat son plein. Elle offre de nombreuses chances pour autant que nous bénéficions de conditions-cadre libérales adaptées. Le PLR veut que la Suisse reste à la pointe dans le domaine de l'Innovation et qu'elle utilise le potentiel offert par la numérisation pour renforcer la place économique suisse. Mais déjà apparaît la menace de nocives idées de surréglementation avancées par la gauche. Le PLR veut s'engager encore plus à ce sujet durant la seconde moitié de la législature. Pour la sécurité des places de travail, il est en outre important, après le Non à la réforme de l'imposition des entreprises, que le Conseil fédéral avance avec le nouveau projet fiscal 17. Il est hors de question que les entreprises paient l'addition avec le nouveau projet. Des conditions-cadre concurrentielles doivent également être créées pour les grandes entreprises présentes en Suisse. Les élaborer constituera le défi de la seconde moitié de la législature.

Les priorités en termes de contenu sont claires pour l'année 2018. Le parti s'efforcera en outre de présenter une vision libérale pour le future de la Suisse et à poser les bases pour les élections de 2019. Il s'agit désormais de ne pas flancher. A deux ans des élections, le PLR est bien positionné. Mais nous ne pouvons en aucun cas nous reposer sur nos lauriers, afin de pouvoir, ensemble, aller plus loin.

3. Parteiarbeit / DV

Martin Stucki, Kommunikationschef

3.1. Delegiertenversammlung in Fribourg vom 4. März 2017

Weniger Bürokratie schafft mehr Freiheit. Eine Aussage, die wohl die meisten unterschreiben würden. FDP. Die Liberalen ist jedoch die einzige Partei, welche sich das Thema auch wirklich zu Herzen nimmt und konkrete Vorschläge zum Bürokratieabbau präsentiert. Die FDP will einen starken, aber schlanken Staat. Mit dem am 4. März 2017 von den Delegierten in Fribourg verabschiedeten Positionspapier „[Für wettbewerbsfähige und erfolgreiche KMU](#)“ leistet sie einen wichtigen Beitrag zur Eindämmung der regulatorischen Kosten für die Wirtschaft. Auch fassten die Delegierten nach einer engagiert geführten Diskussion mit einer knappen Mehrheit die Ja-Parole zur Energiestrategie 2050.

Das Positionspapier „Für wettbewerbsfähige und erfolgreiche KMU“ fasst die wichtigsten Forderungen der FDP zusammen und zeigt auf, welche unbürokratischen Massnahmen helfen, die Wirtschaft zu entlasten.

Entscheide der Delegiertenversammlung

- Ja zur Energiestrategie 2050 mit 175:163 Stimmen
- Positionspapier „[Für wettbewerbsfähige und erfolgreiche KMU](#)“

3.2. Delegiertenversammlung in Grenchen vom 24. Juni 2017

Die Reform der Altersvorsorge, wie sie im Herbst 2017 zur Abstimmung kam, ist ungerecht, bevorteilt einige Wenige und löst keine Probleme. Die Delegierten der FDP. Die Liberalen sagten am 24. Juni 2017 mit 256 zu 5 Stimmen bei 4 Enthaltungen klar Nein zu dieser Scheinreform. Den direkten Gegenentwurf zur Ernährungssicherheits-Initiative hiess die FDP dagegen gut. Mit grossem Applaus bedankten sich die Delegierten bei Bundesrat Didier Burkhalter, der nach acht Jahren in der Landesregierung seinen Rücktritt per Ende Oktober angekündigt hatte. „Didier Burkhalter setzte sich mit ganzer Kraft für das Gemeinwohl ein. Er richtete sein Handeln stets nach der Maxime aus, für die Schweiz die bestmöglichen Rahmenbedingungen zu schaffen. Insbesondere mit Blick auf das Verhältnis unseres Landes zu unseren Nachbarn setzte er sich an vorderster Front für eine lösungsorientierte Politik ein“ hielt Parteipräsidentin Petra Gössi fest.

Auch begrüsst die Delegierten die neu gegründete FDP-Kantonalpartei Appenzell Innerrhoden. Damit ist die FDP als Volkspartei die einzige, die in der gesamten Schweiz und in allen Kantonen mit Sektionen vertreten ist.

Entscheide der Delegiertenversammlung

- Nein-Parole zum Bundesbeschluss über die Zusatzfinanzierung der AHV sowie zum Bundesgesetz über die Reform der Altersvorsorge 2020 mit 256:5 Stimmen bei 4 Enthaltungen.

Entscheide der Parteipräsidentenkonferenz

- Ja-Parole zum direkten Gegenentwurf zur Initiative „Für Ernährungssicherheit“ mit 28:2 Stimmen bei einer Enthaltung.

3.3. Delegiertenversammlung in Engelberg vom 21. Oktober 2017

Anlässlich der Delegiertenversammlung im Kanton Obwalden hat FDP.Die Liberalen sich bei ihrem Bundesrat Didier Burkhalter herzlich bedankt und ihn verabschiedet. Nach 30 Jahren im unermüdlichen Einsatz für unser Land war für ihn der Moment gekommen, ein neues Kapitel in seinem Leben aufzuschlagen. Des Weiteren präsentierte Bundesrat Johann Schneider-Ammann die aktuellen Arbeiten des Wirtschaftsdepartements zu den neuen Tourismusstrategien des Bundes, bevor die Delegierten die neue [Tourismus-Resolution](#) der FDP verabschiedeten. In seiner Rede unterstrich Bundesrat Schneider-Ammann, dass die FDP und der Bund in der Tourismuspolitik die gleichen Ziele verfolgen: „Wir verbessern die Rahmenbedingungen, fördern das Unternehmertum und nutzen die Digitalisierung, um den Tourismusstandort Schweiz zu stärken. Das schafft Arbeitsplätze und Wohlstand.“ Die FDP ist überzeugt, dass der Schweizer Tourismus durch die Zusammenarbeit aller touristischen Organisation und eine konsequente Qualitäts- und Innovationsstrategie im Wettbewerb bestehen kann. Parteipräsidentin Petra Gössi ihrerseits liess zur Legislaturmitte die bisherigen Erfolge der FDP Revue passieren. Sie übergab dem neuen FDP-Bundesrat Ignazio Cassis ein symbolisches Antrittsgeschenk: Mit einem Schmiedehammer wird er bestens gerüstet sein, um den nationalen Zusammenhalt zu stärken – wie er es in seiner Antrittsrede in der Bundesversammlung versprochen hatte.

Entscheide der Delegiertenversammlung

- Einstimmige Verabschiedung der [Tourismus-Resolution](#)

4. Parteiarbeit mit kantonalen Vertretern im Jahr 2017

Matthias Leitner, Leiter Parteiorganisation und Marcel Schuler, Kampagnenleiter

4.1. Parteipräsidentenkonferenz (PPK)

Die kantonalen Parteipräsidenten tagten auch im Jahr 2017 regelmässig (13. Januar, 2. Februar, 3. März, 20. März (Telefonkonferenz), 20. Mai, 23. Juni, 8. September und 20. Oktober).

Die Sitzungen waren geprägt durch die Kampagnen zur Unternehmenssteuerreform sowie zur Altersvorsorge. Ebenfalls beschäftigte die PPK sich mit der neuen Webseite, welche am 5. Juli auf nationaler Ebene lanciert werden konnte. Erfreulicherweise konnte die PPK in Fribourg die Sektion Appenzell Innerrhoden als neue Sektion aufnehmen. Weiter wurden erste Schritte für die Wahlen 2019 eingeleitet und das neue Mentoringprogramm lanciert.

Die PPK fasste im Jahr 2017 die Parolen zu einer Abstimmungsvorlage (Gegenvorschlag zur VI Ernährungssicherheit). Ebenso verabschiedete die PPK das Positionspapier «Eckpunkte einer liberalen Bundesfinanzpolitik».

4.2. Sekretärenkonferenz (SK)

Im Jahr 2017 wurde eine Sekretärenkonferenz durchgeführt. Bei dieser wurde über die Weiterführung des Web2Print Portals diskutiert. Da das bisherige Portal trotz intensiven Bemühungen seitens des Generalsekretariats nicht häufiger genutzt wurde, beschlossen die Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer das System nicht weiterzuführen.

4.3. Volksabstimmungen

Im Jahr 2017 hatte das Schweizer Stimmvolk über mehrere Grossprojekte zu entscheiden. Die FDP konnte sich in allen Vorlagen, bis auf eine, durchsetzen. Damit verfügt sie über die höchste Erfolgsquote aller Parteien bei Volksabstimmungen in dieser Legislatur.

Bundesbeschluss über die erleichterte Einbürgerung von Personen der dritten Ausländergeneration

Mit der Annahme der erleichterten Einbürgerung der 3. Generation wurden schnellere und einfachere Verfahren eingeführt, was unnötige Bürokratie seitens Bund verringert. Die Vorlage wurde mit 60.4% angenommen. Die FDP unterstützte diese Vorlage und engagierte sich im Rahmen eines überparteilichen Komitees.

Bundesbeschluss über die Schaffung eines Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr (NAF)

Mit dem NAF, der mit 61.9% angenommen wurde, können durch gezielte Investitionen in den Betrieb, Unterhalt und Ausbau der Nationalstrassen Engpässe und Staus endlich angegangen und behoben werden. Die FDP engagierte sich auch hier im Rahmen eines überparteilichen Komitees und gehörte wieder zur Gewinnerseite.

Bundesgesetz über steuerliche Massnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmensstandorts Schweiz (Unternehmenssteuerreformgesetz III, USR III)

Die USR III wurde, obschon sich die FDP stark dafür eingesetzt hatte, leider nicht angenommen. Trotz ihres Engagements innerhalb einer grossen Koalition und einer zusätzlichen eigenen Kampagne, wurde die Vorlage mit 59.1% abgelehnt. Die USR III hätte den Schweizer Unternehmen Rechtssicherheit in der Steuerpolitik gegeben.

Referendum über das Energiegesetz (EnG)

Das neue Energiegesetz ist das erste Massnahmenpaket der Energiestrategie 2050 und ein erster Schritt eines langfristigen Umbaus zu einer nachhaltigen Schweizer Energieversorgung bis 2050. Die FDP unterstützte das EnG und engagierte sich im Rahmen einer überparteilichen Koalition dafür. Auch diese Vorlage wurde angenommen.

Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Für Ernährungssicherheit»

FDP. Die Liberalen erachtete den Gegenvorschlag als eine ausgewogene und verantwortungsvolle Vorlage, welche eine wichtige Grundlage für eine zukunftsorientierte statt rückwärtsgewandte Landwirtschaft darstellt. Die Vorlage wurde mit 78.7% klar angenommen. Die FDP engagierte sich im Rahmen eines überparteilichen Komitees und gehörte auch hier zu den Siegern des Abstimmungssonntags.

Bundesgesetz über die Reform der Altersvorsorge 2020 (AV 2020) und der Bundesbeschluss über die Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer

Die Reform Altersvorsorge 2020 umfasste zahlreiche neue Regelungen zu den ersten beiden Vorsorgesäulen und war zudem mit der Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer verbunden. Beide Vorlagen mussten angenommen werden, die Zusatzfinanzierung der AHV zudem durch das Ständemehr. Während Bundesrat, SP, Grüne, glp und CVP die Vorlagen befürworteten, lehnte die FDP die Vorlagen ab, da die Vorlage zu vielen Verlierern und zu einem Ausbau statt einer Sicherung der Renten geführt hätte. Das Volk folgte den Argumenten der FDP, beide Vorlagen wurden abgelehnt (inkl. Ständemehr). Die FDP leitete die operative Kampagnenarbeit und spielte eine entscheidende Rolle bei dem Abstimmungskampf.

Das parlamentarische Jahr 2017

Michael Mandl, Fraktionssekretär

5. Frühlingsession - Session de printemps (27.02.-17.03.2017)

5.1. Von der Altersvorsorge und der direkten Demokratie

Für CVP und SP ist die von den Räten in der Frühlingsession 2017 beschlossene Erhöhung der AHV-Renten der „Preis der direkten Demokratie“. Das Volk werde keiner Rentenreform zustimmen, wenn die Renten nicht verbessert werden – so der Tenor. Die 1.4 Milliarden Franken teure Marketingmassnahme „70 Franken“ soll sicherstellen, dass das Volk an der Urne der Reform zustimmt. Um den Effekt dieses „Zückerchens“ möglichst zu verstärken, wird der AHV-Ausbau vor allem auf abstimmungsfleissige, geburtenstarke Jahrgänge fokussiert – sie profitieren vom AHV-Ausbau am meisten (+840 Franken Rente) und werden von der Senkung des Umwandlungssatzes ausgenommen.

Diese Strategie ist an sich politisch nichts Neues. Aber im Falle der Altersvorsorge 2020 wurde dabei ein fataler Fehler begangen: CVP und SP haben das eigentliche Ziel der Reform aus den Augen verloren. Um endlich eine Reform durchzubringen, sind sie bereit, auf das Ziel der Reform zu verzichten: Die Stabilisierung der AHV. Sanieren, indem man mehr ausgibt – das geht nicht auf.

Die Vorlage führt in eine Drei-Klassen-AHV: Die Rentner erhalten nichts und bezahlen mehr MWST. Die Übergangsgeneration hat Besitzstandwahrung und die 70 Franken. Die Jungen müssen das alles finanzieren, ohne eine Sicherheit zu haben, selbst von diesem System profitieren zu können. Die Vorlage ging im September in die Volksabstimmung. Das Volk hat es nicht goutiert, dass das Abstimmungs-Zückerchen so ungerecht verteilt wird.

5.2. Vorstösse der FDP-Liberale Fraktion

Mo. FDP-Liberale Fraktion (Sprecher NR Burkart). Digitalisierung: Weg frei für automatisierte und selbstfahrende Fahrzeuge

Text

Der Bundesrat wird beauftragt, die rechtlichen Grundlagen im Strassenverkehrsgesetz (SVG) zu schaffen, damit die Zulassung und der Verkehr von automatisierten und selbstfahrenden Fahrzeugen auf Verordnungsstufe geregelt werden können. Ziel ist es, die gesetzgeberische Flexibilität zu haben, um zeitnah mit den technischen Entwicklungen und im Gleichschritt mit dem internationalen Rechtsrahmen die notwendigen regulatorischen Anpassungen vornehmen zu können.

Begründung

Die Digitalisierung hat den heutigen Strassenverkehr bereits stark geprägt. Neben der höheren Verkehrssicherheit haben digitale Systeme auch enorme Effizienzsteigerungen der Fahrzeuge ermöglicht. Mit der fortschreitenden Automatisierung bis hin zum vollautomatisierten Fahrzeug werden diese positiven Effekte nochmals um ein Vielfaches zunehmen. Diese technischen Entwicklungen schreiten international rasant voran. Selbstverständlich kommen damit auch ganz neue Fragen betreffend Haftung oder Datenverwaltung auf die Schweiz zu. Damit die Schweiz international kompatibel bleibt und auch von den technischen Vorzügen profitieren kann, werden aber auf nationaler Ebene in verschiedenen Bereichen des Strassenverkehrsrechts Anpassungen notwendig. Diese müssen im Einklang mit der internationalen Rechtsentwicklung wie dem Wiener Übereinkommen stehen. Deshalb ist es wichtig, dass flexibel und zeitnah auf die kommenden Weiterentwicklungen der technischen Möglichkeiten und der Rechtsordnung reagiert werden kann und die sich daraus ergebenden Chancen wahrgenommen werden können. Mit der Einführung einer rechtlichen Grundlage im Strassenverkehrsgesetz gemäss den Empfehlungen des Berichtes des Bundesrats „Automatisiertes Fahren – Folgen und verkehrspolitische Auswirkungen“ vom 21. Dezember 2016 wird diese Forderung umgesetzt und der Bundesrat erhält die notwendige regulatorische Flexibilität. Ziel ist es, Fortschritt zuzulassen und nicht zusätzliche Regulierung zu schaffen.

Mo. FDP-Liberale Fraktion (Sprecher NR Dobler). Digitalisierung: Eine elektronische Identität für den landesweiten Bürokratieabbau

Text

Der Bundesrat wird beauftragt, in der Erarbeitung des E-ID-Gesetzes folgende Forderungen einfliessen zu lassen, um für alle natürlichen Personen und privaten Unternehmen die landesweite Vernetzung, Nutzung und rasche Implementierung der elektronischen Identität (E-ID) sicherzustellen:

- › Interoperabilität: Der Bund gewährleistet mit der geeigneten Infrastruktur die Interoperabilität bzw. Verbindung der Schnittstellen zwischen den föderalen Ebenen, der EU und dem bereits in Arbeit befindenden Identitätsverbund Schweiz (IDV).
- › Sicherheit: Der Bund muss die Sicherheitsstandards für die Dienstleistungsanbieter definieren und seine Rolle als Kontrollinstanz wahrnehmen.
- › Priorisierung: Aufgrund der hohen Relevanz des Projektes muss die Umsetzung zeitnah und mit entsprechender Priorität in Angriff genommen werden. Dies bedingt auch eine sichere Finanzierung der Vorleistungen in der Verwaltung.

Begründung

Ziel des künftigen E-ID-Gesetzes ist es, aufgrund der Erfahrungen mit der SuisseID und den Fallbeispielen im europäischen Umfeld die elektronische Identität in einer Zusammenarbeit zwischen der Verwaltung und privaten Akteuren zu implementieren. Die Schweiz geht dabei neue Wege, ist aber gleichzeitig kein Vorreiter, da bereits viele Staaten eine elektronische Identität für ihre Bürger eingeführt haben. Ein Blick auf diese Staaten beweist,

dass das Potenzial einer elektronischen Identität für den Bürokratieabbau enorm ist. So wurden z.B. im Fall von Estland Kosteneinsparungen von 2% des BIP realisiert.

Aus diesem Grund ist es entscheidend, dass der Bundesrat diesem Projekt die notwendige Priorität einräumt. Das bedingt eine zeitnahe Umsetzung und die Sicherstellung der Finanzierung der verwaltungsinternen Implementierung. Damit eine solche Lösung auch einen effektiven Nutzen bringt, sind die Interoperabilität der Systeme und deren vielseitige Einsatzbarkeit absolut zentral. Dafür soll der Bund die notwendigen Voraussetzungen z.B. über offene Schnittstellen zum Identitätsverbund Schweiz schaffen. Der Bundesrat muss zudem seine Kontrollfunktion wahrnehmen, damit die Dienstleistungsanbieter die Sicherheit der E-ID-Anwendungen jederzeit gemäss den entsprechenden Standards erfüllen. Mit der Umsetzung dieser Forderungen wird der Weg für eine flächendeckende und vielseitige Nutzung in der Bevölkerung geebnet. Denn eine elektronische Identität für die Galerie muss verhindert werden.

6. Sondersession Nationalrat - Session spéciale Conseil National (02.-04.05.2017)

Red Bull für die Bundesverwaltung?

Die Sondersession im Frühling diente dazu, die Pipeline an behandlungsreifen Geschäfte im Nationalrat zu „leeren“. Freilich ist nicht jedes behandlungsreife Geschäft auch prioritär, doch da das Parlament jenes Gremium ist, welches entscheiden muss, was sinnvoll ist und was nicht, kommen die Räte nicht darum herum, einfach alles zu behandeln, was gerade „behandlungsreif“ ist.

So hat der Nationalrat auch darüber debattiert, ob in der Bundesverwaltung neu nur noch Leitungswasser (statt Mineralwasser) angeboten werden soll. Das Anliegen fand keine Mehrheit.

7. Sommersession – Session d’été (29.05.-17.06.2017)

7.1. Keineswegs nur heisse Luft in der Sommersession

Die Sommersession war geprägt von diversen wichtige Vorlagen, sei dies die Digitalisierung der Zollverfahren, die EL-Reform oder die Armeebotschaft. Den ganz verschiedenen Geschäften ist oft gemeinsam, dass sie finanzielle und personelle Auswirkungen haben. So wird zu Beginn der Session jeweils eine Liste mit finanzrelevanten Geschäften der Räte auf der Webseite des Parlaments hinterlegt. An dieser Liste zeigt sich, dass eine umsichtige Finanzpolitik dem liberalen Geist entspricht. Diese Übersichtstabelle geht nämlich zurück auf eine Motion der Liberalen Fraktion vom 16. Dezember 1994. Am Parlament liegt es dann, das Kosten-Nutzen-Verhältnis der Vorlagen zu prüfen. Zudem sind die finanziellen und personellen Auswirkungen der Vorlagen

natürlich Gegenstand der Diskussion und können verändert werden. So haben beispielsweise bei der Armeebotschaft in dieser Session zusätzliche Gelder für die Aufrüstung der F/A-18 Flugzeuge mit einem Erdkampf-Trainingssystem keine Mehrheit im Nationalrat gefunden. Betreffend EL-Reform wird derweil weiterhin versucht, das rasante Kostenwachstum in den Griff zu bekommen. Die Gelder für die Modernisierung und Digitalisierung des Zolls wiederum müssen so investiert werden, dass die Wirtschaft von administrativen Kosten bei den Zollverfahren entlastet wird.

Nicht heisse Luft, sondern „mega cool“ – um die Worte von BR Schneider-Ammann anlässlich seiner Rede zu entlehnen – war der Fraktionsausflug der FDP am Mittwoch der zweiten Sessionswoche. Die Fraktion war auf Achse im Kanton Bern. Zuerst besuchte sie die Firma Blaser Swissslube, welche, nebst ihrem Engagement für Heissluftballone, Kühl- und Schmiermittel für Maschinen produziert. Danach ging die Reise zur Firma Studer in Steffisburg, welche Schleifmaschinen in Spitzenqualität herstellt. Schlussendlich haben die Fraktion und ihre Gäste den Tag gemütlich beim Nachtessen im ehemaligen Badehotel Rohrimoosbad in Heimenschwand ausklingen lassen. Der feine Erdbeerkuchen wird noch so manchen in Erinnerung bleiben.

In der dritten Sessionswoche wurde es dann – nebst dem Sessionsbetrieb – richtig spannend durch die Bekanntgabe des Rücktritts von BR Didier Burkhalter. Es sei ihm auch an dieser Stelle nochmals herzlich gedankt für seinen unermüdlichen Einsatz! Zu seinen Erfolgen gehört insbesondere, dass er eine erkennbare aussenpolitische Strategie mit klaren Prioritäten verfolgt hat und den Weg bereitete für die langfristige Sicherung des bilateralen Weges. Zudem konnte er eindrücklich vermitteln, dass Frieden und Sicherheit die Voraussetzungen für Freiheit sind. Während wir auf die beeindruckende politische Karriere von BR Burkhalter zurückblickten, begann sich gleichzeitig bereits das Kandidatenkarussell für seine Nachfolge zu drehen.

7.2. Vorstösse der FDP-Liberale Fraktion

Anfrage FDP-Liberale Fraktion (*Sprecher NR Wasserfallen*). Ausbau der Mobilfunknetze für die Digitalisierung der Schweiz

Text

Am 11. Januar 2017 hat der Bundesrat den Bericht „Rahmenbedingungen der digitalen Wirtschaft“ verabschiedet. Für die Digitalisierung der Schweiz sind die Mobilfunknetze ein wesentlicher Pfeiler. Eine qualitativ hochstehende Mobilfunk-Infrastruktur ist für Privatpersonen, die Wirtschaft sowie die Sicherheitsorganisationen unabdingbar. Im Gegensatz zum öffentlichen Verkehr und zu den Strassennetzen werden Mobilfunknetze aber grundsätzlich durch Private aufgebaut, unterhalten und finanziert. Für die Beschaffung von Standorten für Mobilfunkanlagen müssen die Anbieter mit Grund- und Hauseigentümern Verträge abschliessen und Mietpreise aushandeln. In der Wahl der Standorte sind diese keineswegs frei und müssen oft langwierige Baubewilligungsverfahren durchlaufen. Danach sind sie an diesen Standort gebunden und können nicht einfach ein alternatives Angebot auf dem Nachbargebäude einholen. Angebot und Nachfrage spielen hier leider nicht und das macht die Betreiber von Mobilfunkanlagen erpressbar. Bei Neuabschlüssen und Vertragsverlängerungen wird das leider zunehmend ausgenutzt, um die Mietpreise in die Höhe zu treiben.

Aufgrund dieser Überlegungen wird der Bundesrat aufgefordert, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie gedenkt der Bundesrat, den für die Digitalisierung der Schweiz benötigten Ausbau der Mobilfunknetze weiterhin zu ermöglichen und zu unterstützen?
2. Wo sieht der Bundesrat Möglichkeiten, um das Aufrüsten von bestehenden Anlagen mit neuen Technologien und Frequenzen zu erleichtern?
3. Ist der Bundesrat der Meinung, dass die Position der Mobilfunkanbieter gegenüber den Hauseigentümern gestärkt werden müsste, so dass sie ihrem Versorgungsauftrag nachkommen können?
4. Welche Möglichkeit sieht der Bundesrat, um konkrete gesetzliche Rahmenbedingungen im Rahmen der laufenden Revision des Fernmeldegesetzes zu schaffen, die die Höhe und Anpassung der Mietpreise für Antennenanlagen präzisieren?
5. Wo sieht der Bundesrat Handlungsoptionen betreffend die Unterstützung der Mobilfunkanlagen von Seiten der Behörden sowie der Bundesbetriebe und staatsnahen Betriebe wie z.B. die SBB?

Vorstoss FDP-Liberale Fraktion (Sprecherin NR Moret). Regelmässige Tarifpflege im KVG: Gute Qualität bei bezahlbaren Kosten

Text

Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament die notwendigen gesetzlichen Grundlagen zu unterbreiten, damit der TARMED von den Tarifpartnern regelmässig angepasst und weiterentwickelt wird. Angesichts der Verhandlungsblockade und der Fragmentierung der betroffenen Verbände, sollen zudem die Genehmigungsverfahren der neuen Situation angepasst werden. Ziel soll es sein, Blockaden zu verhindern und einen Wettbewerb der Ideen zu ermöglichen.

Begründung

Im schweizerischen Gesundheitswesen haben die Vertragspartner (Leistungserbringer und Krankenversicherer) die Aufgabe, die meisten Preise für medizinische Leistungen zu verhandeln. Doch seit einigen Jahren herrscht ein bedauerlicher Stillstand im ambulanten Bereich. Die fehlende Überarbeitung der Tarifstruktur TARMED setzt Anreize für Mengenausweitung: Die resultierende Überversorgung ist nicht nur teuer, sondern setzt auch die Patienten unnötigen gesundheitlichen Risiken aus.

Weil mittlerweile kostengünstigere Verfahren zu hoch vergütet werden, wird das Prämienwachstum unnötig angeheizt. Eine regelmässige sachgerechte und betriebswirtschaftliche Tarifpflege (und Weiterentwicklung) ist für die nachhaltige Finanzierung des Gesundheitswesens unentbehrlich.

Dafür könnte insbesondere die Organisationsform des stationären Bereichs (Swiss DRG) als Modell für den ambulanten Bereich übernommen werden. Weiter soll der Einzelleistungstarif TARMED als nationale Tarifstruktur über alle Ärzteguppen hinweg weiterbestehen, aber gleichzeitig den Tarifpartnern ermöglichen, andere Abrechnungsformen (wie bspw. Pauschalen) für ambulante Leistungen zu vereinbaren und umzusetzen. Ausserdem soll das KVG die Rahmenbedingungen für die Verhandlungen den neuen Gegebenheiten angepasst werden: Die Pluralität der Stakeholder hat zugenommen und wird weiterhin zunehmen. Dem ist Rechnung zu tragen und kein Akteur soll ein Vetorecht haben oder sich weigern können, seine Aufgabe wahrzunehmen.

Die vorgesehene TARMED-Intervention des Bundesrates hat provisorischen Charakter und führt zu Rechtsunsicherheit (Rekurse, Rückstellungen, usw.). Langfristig gesehen ist es keine Lösung und das Verhandlungsprimat muss gewährleistet bleiben. Es ist deshalb angezeigt, nach 20 Jahren KVG, die rechtlichen Rahmenbedingungen betreffend der Rolle der Vertragspartner kritisch zu überprüfen und wo nötig anzupassen.

8. Herbstsession – Session d’automne (11.09.-29.09.2017)

8.1. Zukunft auch weiterhin in der Hand der FDP

Die Bundesratswahlen waren ohne Zweifel das dominierende Geschäft der Herbstsession. Die Aussenpolitik ist und bleibt ein zentrales Dossier für den Wohlstand unseres Landes. Ignazio Cassis wird die Aufgabe haben, den bilateralen Weg zu stärken und weiterzuentwickeln. Die bilateralen Verträge sind zentral für die Wirtschaft und den Wohlstand unseres Landes.

Des Weiteren ist die FDP erfreut, dass mit Bundesrat Johann Schneider-Ammann weiterhin ein erfolgreicher Unternehmer an der Spitze des WBF steht, um die Wirtschaft der Schweiz zu stärken und damit die Arbeitsplätze in unserem Land zu sichern. Die bilateralen Aussenhandelsbeziehungen der Schweiz stärkte Bundesrat Johann Schneider-Ammann 2016 mit dem Abschluss eines Freihandelsabkommens mit China. Im Rahmen der Frankenkrise hat er sich stark gegen die Deindustrialisierung der Schweiz eingesetzt. Mit der Rettung von „Horizon2020“ hat er die Poleposition der Schweiz in der internationalen Forschungsgemeinschaft gesichert. Er kämpft für bessere Rahmenbedingungen in der Bildung, damit die Herausforderungen der Digitalisierung gemeistert werden können, und er setzt sich dafür ein, dass die Politik liberale Rahmenbedingungen garantiert.

Das neue FDP-Team im Bundesrat wird sich mit voller Kraft dafür einsetzen, dass unser Land auch in Zukunft ein Erfolgsmodell bleibt – **aus Liebe zur Schweiz!**

9. Wintersession – Session d’hiver (27.11.-15.12.2017)

9.1. Zurück in die Zukunft

Der Arbeitsmarkt Schweiz steht bereits heute und noch viel mehr in Zukunft vor grossen Herausforderungen. Einige Ursachen sind hausgemacht wie z.B. die umständliche Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative (MEI) oder die Kontingentierung der Drittstaaten-Einwanderung. Einerseits will man die gezielte Einwanderung in den Arbeitsmarkt aufrechterhalten, um die hohe Nachfrage verschiedener Branchen bedienen zu können. Andererseits will man die gesamte Nettoeinwanderung in einem vernünftigen Rahmen behalten, da man die Ängste der Bevölkerung bezüglich Überfremdung oder den eigenen Arbeitsplatz ernst nimmt. Die eierlegende Wollmilchsau ist bekanntlich nicht ganz so einfach zu finden. Trotzdem liegt es mehr oder weniger in unseren eigenen Händen, konkrete Lösungen zu definieren. Dass dies zumindest für einzelne Probleme möglich ist, hat die FDP mit der Umsetzung der MEI bewiesen.

Andere Ursachen für die Herausforderungen im Arbeitsmarkt sind fremdbestimmt und langfristig viel entscheidender für die erfolgreiche Zukunft des Standortes Schweiz. Die Rede ist, wie so oft in den letzten Tagen, Wochen und Monaten, von der Digitalisierung des Arbeitsmarktes. Anstatt jetzt jedoch Angstszenerien und den Untergang ganzer Branchen zu skizzieren, hat die FDP erneut ein Zeichen für den positiven Umgang mit der Digitalisierung gesetzt. In der abgelaufenen Wintersession hat die FDP-Liberale Fraktion darum einen Vorstoss mit Weitsicht eingereicht: [17.4087](#) – *Digitalisierung. Ein neuer Status für den Arbeitsmarkt?*. Mit neuen Beschäftigungsformen über digitale Plattformen zeigt sich nämlich immer deutlicher, dass unsere bestehende Gesetzgebung keine genügende Lösung für die heutigen und kommenden Herausforderungen bietet. Wie soll ein UBER-Fahrer oder ein Vermieter von Airbnb gemäss der heutigen Regelung einen angemessenen Sozialversicherungsschutz erhalten, wenn er weder in die bestehende Klassifizierung eines Angestellten noch eines Selbstständigen passt? Diese Leute fallen zwischen Stuhl und Bank. Diese Problematik wird im Zuge der Digitalisierung weiter zunehmen. Im Zweifelsfall wird heute entschieden, dass es sich um ein Angestelltenverhältnis handelt. Nebst den finanziellen Konsequenzen raubt dies den Betroffenen Flexibilität und schafft Rechtsunsicherheit. Aus diesem Grund hat die FDP mit ihrem Postulat den Bundesrat beauftragt, einen neuen Status für Selbstständige in Plattform-Beschäftigung zu prüfen und über dessen Vor- und Nachteile Bericht zu erstatten. Ziel dieses Berichtes sind Massnahmenvorschläge, die der Schweiz die Möglichkeiten aufzeigen, um in Zukunft auch für die fremdbestimmten Herausforderungen des Arbeitsmarktes gewappnet zu sein.

9.2. Vorstösse der FDP-Liberale Fraktion

Postulat FDP-Liberale Fraktion (Sprecher NR Nantermod). Digitalisierung: Ein neuer Status für den Arbeitsmarkt?

Text

Der Bundesrat wird beauftragt, einen neuen Status für Selbstständige in Plattform-Beschäftigung zu prüfen und über dessen Vor- und Nachteile Bericht zu erstatten. Dieser soll einen gewissen, angemessenen Sozialversicherungsschutz bieten, welcher aber unter dem Niveau für Angestellte liegt. Der Status sollte zudem pro Auftragsverhältnis gewählt werden können. Es müssen klare Abgrenzungskriterien vorgeschlagen werden, damit für die Betroffenen Rechts- und Planungssicherheit geschaffen wird.

Begründung

Sogenannte „Plattform-Beschäftigte“ lassen sich oft nicht eindeutig in die Kategorien „Selbstständigerwerbend“ oder „Angestelltenverhältnis“ einreihen. Diese Arbeitsform wird aber im Zuge der Digitalisierung weiter zunehmen. Im Zweifelsfall wird aktuell entschieden, dass es sich um ein Angestelltenverhältnis handelt. Nebst den finanziellen Konsequenzen, raubt dies den Betroffenen Flexibilität und schafft Rechtsunsicherheit.

Der Bundesrat stellt in seinem Bericht „Auswirkungen der Digitalisierung auf Beschäftigung und Arbeitsbedingungen – Chancen und Risiken“ einen Handlungsbedarf fest. avenir suisse schlägt in der Studie „Wenn die Roboter kommen“ einen neuen Status „selbstständige(r) Angestellte(r)“ vor.

Dieses Postulat schlägt daher die Prüfung eines umfassenden, neuen Status für Selbstständige in Plattform-Beschäftigung vor: Statt voll für das Angestelltenverhältnis oder die Selbstständigkeit optieren zu müssen, würde dieser Status eine Zwischenlösung bieten. Die zwingenden Inhalte des neuen Status müssten so gering wie

möglich gehalten werden und in erster Linie einen verhältnismässigen Sozialversicherungsschutz umfassen. Die Vertragsparteien sollten sich beide bei jedem Auftragsverhältnis zu diesem neuen Status bekennen. Sozialpartnerschaftliche Lösungen können dabei erhalten bleiben.

Nahestehende Organisationen

10. FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz

Doris Fiala, Präsidentin FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz

10.1. Generalversammlung der FDP.Die Liberalen Frauen

Im Berichtsjahr gab es personelle Änderungen in der Geschäftsleitung der FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz. Die bisherige Präsidentin und Zürcher Regierungsrätin Carmen Walker Späh trat per 31. März 2017 zurück. Sie führte die Partei von 2010 bis 2017 sehr erfolgreich.

Die Laudatio für Carmen Walker Späh hielt unser Vorstandsmitglied NR Christa Markwalder: «Voller Elan und kämpferisch hast du dich für die liberale Frauenlobby eingesetzt. Die Forderung nach mehr Frauen in der Chefetage hast du mit Mut und Selbstbewusstsein vertreten. Das Engagement für den Familienartikel gab einige rote Köpfe. Unter deiner Führung sind die Frauen zusammengestanden und haben sich nicht auseinanderdividieren lassen. Vielen Dank Carmen für deinen unermüdlichen Einsatz und alles Gute und viel Erfolg für dein Amt als Regierungsrätin.» Ebenfalls ihren Rücktritt per GV 2017 gab die Generalsekretärin Claudine Esseiva bekannt. Sie leitete das Generalsekretariat von 2008 bis 2017. Ich danke beiden ganz herzlich für ihr grosses Engagement für die FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz.

Anlässlich der Generalversammlung vom 1. April 2017 in Zürich wurde ich einstimmig zur neuen Präsidentin der FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz gewählt. Die Wahl bedeutete mir viel, habe ich doch den FDP Frauen und insbesondere den Stadtzürcher Frauen viel zu verdanken: Sie befeuerten meine politische Laufbahn seinerzeit in Zürich mit dem vorzeitigen Rücktritt der damaligen Präsidentin der FDP Frauen. Die verstorbene Barbara Bihrer, welche zu meinen Gunsten frühzeitig aus dem Gemeinderat der Limmatstadt zurückgetreten war, beschleunigte meinen Werdegang.

Mit der neuen Generalsekretärin Irene Thalmann und der gesamten Geschäftsleitung starteten wir gut und mit dem ehrgeizigen Ziel, dank mehr Visibilität und attraktiven Aktivitäten im gesellschaftsliberalen Bereich die Frauenanzahl in den Parlamenten zu steigern. Mit einem ehrgeizigen Programm wollen wir neue Wählerschichten gewinnen, besonders auch in urbanen Kreisen, die sich bisher noch längst nicht immer mit der FDP identifizieren.

Nebst den statutarischen Geschäften diskutierte die Generalversammlung die vom Bundesrat vorgeschlagenen Richtwerte im neuen Aktienrecht. Nationalrätin und Geschäftsleitungsmitglied Christa Markwalder erläuterte die Vorlage. Der Bundesrat schlägt vor, dass mindestens 20% Frauenanteil in den Geschäftsleitungen und 30% in den Verwaltungsräten vorhanden sind. Die Richtwerte betreffen nur Unternehmen, welche zwei der folgenden Kriterien erfüllen: 1) mehr als 250 Vollzeitstellen anbieten; 2) eine Bilanzsumme von 20 Mio. Franken haben; 3) einen Umsatzerlös von 40 Mio. Franken erzielen.

Nach eingehender Diskussion stimmten die Delegierten mit 38 zu 18 Stimmen dem Grundsatz eines Richtwertes zu. Zusätzlich schlugen die FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz vor, die Übergangsfrist auf 3 Jahre zu verkürzen und dafür eine «Sunset legislation» (nach 10 Jahren erlischt die Regelung) zu fordern. Der «Sunset legislation» stimmten die FDP Frauen mit 31 zu 21 Stimmen zu.

10.2. Geschäftsleitung, Präsidentinnenkonferenz, Klausur

Im 2017 fanden vier Geschäftsleitungssitzungen und vier Präsidentinnenkonferenzen in Bern statt. Die Geschäftsleitung traf sich zusätzlich zu einer dreitägigen Klausur in Samedan, um die politischen Schwerpunkte bis 2019 zu diskutieren und festzulegen. Wir wollen die «gesellschaftspolitische, liberale Speerspitze der FDP. Die Liberalen sein und nehmen daher neue, auch urbane Themen auf: «Ehe für Alle», Vaterschaftsurlaub, Antworten auf die wachsende Bevölkerung (Neue Bau- und Wohnkonzepte der Zukunft), bessere Integration der ausländischen Bevölkerung (Integration durch Stärkung der Frauen) seien als Beispiele genannt. Fortschrittliche Debatten rund um die Fortpflanzungsmedizin und Wissenschaft sind geplant. Zudem soll der Vorstand mit jungen Frauen ergänzt und Radikal näher ans uns angebunden werden. Zusätzlich nahmen die FDP. Die Liberalen Frauen an fünf Präsidentinnenkonferenzen und 15 Vorstandssitzungen der FDP Schweiz teil

10.3. Bundesratswahlen vom 20. September 2017

Am 14. Juni 2017 gab Bundesrat Didier Burkhalter überraschend seinen Rücktritt bekannt. Das Präsidium der FDP. Die Liberalen Frauen war in der Zeit vom Rücktritt von BR Burkhalter bis zur Bundesratswahl vom 29. September sehr absorbiert: Persönliche Gespräche mit potentiellen Kandidatinnen wurden umgehend und in allen Landesteilen aufgenommen und aktive Unterstützung auch deren Kantonalparteipräsidenten angeboten. Wir konnten die Sommermonate nutzen, um unsere Position zu den Bundesratswahlen prominent zu vertreten; die schweizweite Medienpräsenz der FDP war eindrucksvoll. Wir danken an dieser Stelle Nationalrätin Isabelle Moret ganz herzlich für ihren Mut, als erste Frau mit schulpflichtigen Kindern für dieses Amt kandidiert zu haben. Auch Regierungsrätin Jacqueline de Quattro hat für die FDP Frauen die Visibilität gesteigert, wofür wir dankbar sind.

10.4. Eidgenössische Abstimmungen 2017

Eidg. Abstimmungen vom 12. Februar 2017

Ja-Parole zum Bundesbeschluss vom 30. September 2016 über die erleichterte Einbürgerung von Personen der dritten Ausländergeneration.

Ja-Parole zum Bundesbeschluss vom 30. September 2016 über die Schaffung eines Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr.

Ja-Parole zum Bundesgesetz vom 17. Juni 2016 über steuerliche Massnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmensstandorts Schweiz (Unternehmenssteuerreform III).

Die FDP Frauen Schweiz stimmten einstimmig der USR III zu. Für die FDP Frauen gehörte dieser Entscheid zu den wirtschaftspolitischen wichtigsten Entscheidungen der nächsten Jahre. Dementsprechend wurde unter der Leitung der FDP Frauen ein nationales überparteiliches Frauenkomitee für die Steuerreform gegründet und geführt.

Eidg. Abstimmung vom 21. Mai 2017

JA-Parole zur Energiestrategie 2050, erstes Massnahmenpaket. Energiegesetz (EnG) vom 30. September 2016

Die FDP Frauen Schweiz stimmten Ja zur Energiestrategie 2050 damit u.a. der Weg frei ist für eine wirkliche Systemveränderung hin zu einem marktwirtschaftlichen Modell. Auch positiv gewertet wurde die Einführung von steuerlichen Anreizen für die Gebäudesanierung.

Eidg. Abstimmungen vom 24. September 2017

Nein-Parole zur Rentenreform 2020

Nein-Parole zum direkten Gegenentwurf der Volksinitiative « für Ernährungssicherheit»

Die FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz haben die Rentenreform 2020 intensiv diskutiert und einen engagierten Abstimmungskampf gegen die Reform geführt. Wir waren und sind überzeugt: Die Ablehnung der Rentenreform 2020 macht den Weg frei für bessere, nachhaltigere Lösungen.

10.5. Schlusswort

Die FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz sind motiviert, sich als unverzichtbare Kraft für eine gesellschaftsliberale Politik einzusetzen und einen wesentlichen Beitrag zu leisten, fortschrittliche Wählerschichten für die FDP zu gewinnen – **aus Liebe zur Schweiz.**

11. FDP.Die Liberalen Service Public

Beat Schlatter, Präsident FDP.Die Liberalen Service Public

Das Jahr 2017 schien ein eher ruhiges Jahr zu werden, stand doch das Jahr 2016 unter vielen Vorzeichen (diese wurden im vergangenen Jahresbericht erwähnt). Leider wurde daraus nicht viel – was aber auch die Spannung recht gut aufrechterhielt.

Zuerst sei der präsidentiale Dank dem Vizepräsidenten ausgesprochen, welcher in meiner Abwesenheit die Geschicke der Vereinigung umsichtig führte.

Aus Sicht des Präsidenten war es ein durchzogenes Jahr, in welchem Hoch und Tief sehr nahe beieinanderlagen.

Zum einen hatten wir mit einem Referat zum US-Wahlkampf, Zukunftsforscher, einem Freimaurer und mit dem Schiessanlass – welcher den Boccia-Abend als Versuch ersetzt – ein breit abgestimmtes Jahresprogramm. Aber eben auch viele Wermutstropfen zu verkraften: Einzig am Referat zum US-Wahlkampf fanden zahlreiche Mitglieder den Weg ins Casino in Bern. Sowohl dem schweizweit bekannte Zukunftsforscher Andreas M. Walker wie auch dem Vertreter des Grosspräsidiums der Schweizer Freimaurer konnten nicht mehr als 5 anwesende Mitglieder vorgestellt werden; dies ist sehr schade, zeigt aber offenbar auch etwas den Zeitgeist: „wenn ich etwas nicht kenne oder der Anlass für einmal unklar ausgeschrieben ist, gehe ich lieber nicht hin“. Am Schiessanlass sah die Sache nur wenig besser aus, konnte aber immerhin mit der Präsenz der Schiessleiter etwas aufgebessert werden.

Ein grosser Dämpfer war, dass wir keinen Referenten für den Frühlingsapéro mit der Bundeshausfraktion finden konnten. Vorgesehen und auch provisorisch abgesprochen war ein Mitglied der FdP Deutschland; leider hat es aufgrund des Wahlkampfes dann doch nicht geklappt. Wir werden aber für 2018 – nach dem wirklich imposanten Wiedereinzug in den deutschen Bundestag – mit der FdP den Kontakt wieder intensivieren.

Ein Highlight für die FDP Schweiz – und eine arbeitsintensive Zeit für den Vorstand der FDP Schweiz, vor allem aber für das Generalsekretariat – war die Rücktrittsankündigung von Bundesrat Didier Burkhalter respektive die Kandidatur dreier sehr guter Kandidierenden für die Nachfolge. Mit dem Tessiner Arzt und Fraktionspräsidenten Ignazio Cassis wurde sicher der profilierteste Anwärter von der vereinigten Bundesversammlung als Nachfolger gewählt.

Es gilt an dieser Stelle, dem scheidenden Aussenminister, Bundesrat Didier Burkhalter, für seine grossen Verdienste zu Gunsten unseres Landes zu danken.

Und seinem Nachfolger, Ignazio Cassis, zu seiner Wahl in den Bundesrat zu gratulieren und ihm für seine neue Herausforderung alles Gute und viel Glück zu wünschen.

11.1. Aus dem Vorstand

Der Vorstand der FDP.Die Liberalen Service Public traf sich an vier Sitzungen zur Bearbeitung der reglementarischen Geschäfte. In zahllosen bilateralen Einzelgesprächen konnten auch die ausserordentlichen Geschäfte erledigt werden.

Das kommende Vereinsjahr wird uns personell hoffentlich keine Veränderungen bringen. Es werden aber an der Generalversammlung 2018 Neu- oder Bestätigungswahlen stattfinden müssen.

Ausblick

Das kommende Jahr mit seinen Referenten wird von der terminlichen Zusage des neuen Bundesrates abhängen. Wir haben ihn bereits einmal auf den ersten Anlass im Februar eingeladen; ob dieses Datum dann so eingehalten werden kann, wird sich weisen. Im Weiteren wollen wir uns zum Thema Digitalisierung und Europa etwas vertiefter informieren lassen. Ebenso soll der neue Präsident der „Freunde der FDP“ eine Plattform bei uns erhalten.

Ein Thema, welches uns in den kommenden Jahren weiterhin intensiv beschäftigen wird, ist die Bekanntmachung unserer Vereinigung in den Kantonen und Gemeinden. Nach wie vor stellen wir in persönlichen Gesprächen oft fest, dass Bundesangestellte, welche in einer Ortspartei der FDP Mitglied sind, unsere Vereinigung noch nicht kennen. Die Behebung dieses „Missstandes“ muss das Schwergewicht der kommenden Jahre sein. Dazu braucht es unser aller Engagement: dasjenige der Mitglieder, welche bei jeder Gelegenheit auf die FDP.Die Liberalen Service Public aufmerksam machen, und das des Vorstandes, welcher geschlossen an möglichst vielen Veranstaltungen auftreten soll.

12. FDP International

Roger Kölbener, Präsident FDP.Die Liberalen International

12.1. Vertretung der FDP in internationalen Organisationen

Der FDP International ist es 2017 gelungen, die Präsenz der FDP in den Internationalen Organisationen sichtbar, konstant und unter Einbezug der Parteibasis zu stärken. Dieser Weg soll 2018 fortgesetzt werden.

› **ALDE**

Die FDP International repräsentierte die FDP Schweiz sowohl an der ALDE Ratssitzung in Ljubljana (02.-03.06.2017) als auch am Kongress in Amsterdam (01.-03.12.2017). Dabei konnten erstmals sämtliche Stimmrechte wahrgenommen werden (3 an der Ratssitzung und 14 am Kongress).

An der Ratssitzung nahmen Roger Kölbener (FDP International) und Dimitri Allaz (Jungfreisinn) teil. Roger Kölbener erläuterte im Rahmen einer Podiumsdiskussion zum Thema Grundeinkommen / negative Einkommenssteuer die Erfahrung und Position der FDP vor dem Hintergrund der Abstimmung zur Volksinitiative „für ein bedingungsloses Grundeinkommen“.

Für den Kongress in Amsterdam führte die FDP International erfolgreich einen Aufruf an die Kantonalparteien durch, um Delegierte zu melden. Eine Spesenentschädigung kann dabei seitens FDP International nicht angeboten werden. Trotzdem war es so möglich, eine Delegation von 9 Delegierten zu stellen, namentlich: François Baur, Sacha De Wijs, Urs Egger, Rainer Good, Luc Guimond, Roger Kölbener, Louise Morand (International Officer Jungfreisinn), Georg von Mérey, Marco Weber. Da ein/e Delegierte/r bis zu zwei Stimmrechte ausüben kann, konnten alle 14 Stimmrechte der FDP wahrgenommen werden. Die FDP International erstellte auch dieses Jahr ein umfassendes Dossier für den Kongress, welches vorgängig dem Vorstand der FDP Schweiz zur Genehmigung der Abstimmungsparolen vorgelegt und anschliessend den Delegierten zur Verfügung gestellt wurde.

› **Liberal International**

2017 fand vom 18.-21.05 der 70-Jahre Jubiläumskongress der Liberal International in Andorra statt. Die FDP International vertrat die FDP Schweiz mit François Baur, Luc Guimond und Pierre Della Bianca. François Baur nahm stellvertretend für die FDP Schweiz die formale Wiederaufnahme als Vollmitglied entgegen, dies nach einem obligatorischen Beobachterstatus während zweier Jahre. Seitens der Liberal International besteht Interesse, dass sich die FDP Schweiz zukünftig auch wieder mit einer Vertretung im Vorstand der Liberal International einbringt.

12.2. Auslandschweizer

Die FDP International war vom 18.-20. August mit einem eigenen Stand am 95. Auslandschweizerkongress in Basel präsent. In der Debatte und Parolenfassung des Auslandschweizerrates zur Altersvorsorge 2020 vertrat François Baur zudem die Position der FDP gegen Vorstandsmitglied Filippo Lombardi (CVP). Die FDP International informiert ihre Mitglieder regelmässig vor Abstimmungen über die Parolen der Partei. Seit Herbst 2017 versendet sie zudem einen monatlichen Newsletter, welcher den politischen Anliegen der Auslandschweizer (z.B. Bankkonto) ein besonderes Augenmerk schenkt und die Entwicklung aus freisinniger Sicht kommentiert. Für

2018 soll das Engagement in der Auslandschweizerthematik auch hinsichtlich der Wahlen 2019 verstärkt werden. Innerhalb der ASO sollten freisinnige Argumente mehr Gewicht erhalten, wobei die FDP International hier die Zusammenarbeit mit Laurent Wehrli (FDP VD und neu Vorstandsmitglied der ASO) sowie ihrem parlamentarischen Beirat stärken wird.

12.3. Wichtige Veranstaltungen

2017 führte die FDP International mit dem Liberalen Symposium und dem Botschafterapéro zwei grössere Anlässe durch, welche auch der FDP Schweiz wertvolle Präsenz und Plattformen schafften. Geplant ist es, beide Veranstaltungen im Zweijahresrhythmus fortzusetzen.

› 2. Liberales Symposium vom 1.07.2017

Das Liberale Symposium wurde 2017 wieder in Partnerschaft mit der NZZ und Mithilfe der Initiantin, NR Doris Fiala, durchgeführt. Ein hochkarätiges Teilnehmerfeld ermöglichte wertvollen Ideenaustausch zwischen Wirtschaftsführern, internationalen Gästen und Mitgliedern der Fraktion. Sieben halbseitige Inserate in der NZZ und der NZZ am Sonntag, sowie weitere im digitalen Bereich, verschafften der Partei zudem eine gute mediale Präsenz. Die FDP International erhält als Gegenleistung für die Organisationsarbeit die Überschüsse des Symposiums, womit sie ihre übrigen Aktivitäten finanzieren kann.

› Botschafterapéro vom 22.08.2017

Anlässlich der Botschafterkonferenz des EDA lud die FDP International die Mitglieder des diplomatischen Korps auch dieses Jahr zum Apéro ein. Die drei Bundesratskandidatinnen und -kandidaten erhielten dabei die Gelegenheit, sich vorzustellen.

12.4. Internes

An der Generalversammlung im August wurde Roger Kölbener zum neuen Präsidenten gewählt. François Baur bleibt dem Vorstand in der Funktion als International Officer bei ALDE erhalten.

Ende 2017 hatte die FDP International 139 Mitglieder und Sympathisanten (+10).

Weiter wurden die Statuten dahingehend geändert, dass neu ein/e Vertreter/in der Jungfreisinnigen und der FDP Frauen als Beisitzer/in dem Vorstand angehören. Vorstandsmitglieder sind neu auf 2 Jahre gewählt. Der Vorstand setzt sich zusammen aus: Roger Kölbener (Präsident), Helen Freiermuth (Vizepräsidentin, Auslandschweizer und Mitglieder), Florian Baccaunaud (Generalsekretär, Kommunikation) François Baur (ALDE), Bernard Baur (Finanzen), Peter Balsiger (Expats in der Schweiz), Pierre Della Bianca (Liberal International), Eric Roesch (Digitalisierung), Samuel Lanz (Generalsekretär FDP Schweiz, ex officio) sowie neu Petra Studer (FDP Frauen) und Louise Morand (Jungfreisinn).

13. Anhang – Annexe

13.1. Anhang A – Annexe A

Vernehmlassungsantworten der FDP.Die Liberalen 2016

Réponses du PLR.Les Libéraux-Radicaux aux consultations en 2016

Die Stellungnahmen im Wortlaut können beim Generalsekretariat bestellt oder via Internet <http://www.fdp.ch/aktuell/vernehmlassungen/> // <https://www.plr.ch/actualites/consultations/> abgerufen werden:
Tel. 031 320 35 35, Fax 031 320 35 00, E-mail: info@fdp.ch

13.2. Anhang B – Annexe B

Parteivorstand

Mitglieder per 31. Dezember 2017 – Membres le 31 décembre 2017

Präsidentin / Présidente:

- › Gössi Petra Nationalrätin (SZ)

Vizepräsidenten / Vice-présidents:

- › Caroni Andrea Ständerat (AR)
- › Lüscher Christian Conseiller national (GE)
- › Nantermod Philippe Conseiller national (VS)
- › Vitta Christian Staatsrat (TI)
- › Wasserfallen Christian Nationalrat (BE)

Vorstand / Comité:

- › Lanz Samuel Generalsekretär
- › Walti Beat Fraktionspräsident, Nationalrat (ZH)
- › Hefti Thomas Vize-Präsident der Fraktion, Ständerat (GL)
- › Schlatter Beat Präsident FDP Service Public
- › Fiala Doris Präsidentin FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz
- › Silberschmidt Andri Präsident der Jungfreisinnigen
- › Dobler Marcel Beisitzer
- › Miauton Philippe Beisitzer
- › Scheuermeyer Christian Beisitzer
- › Schneeberger Daniela Beisitzerin
- › Waser Ruedi Beisitzer
- › Wavre Rolin Beisitzer

13.3. Anhang C – Annexe C

Fraktionsvorstand per 31. Dezember 2017 – Comité du Groupe le 31 décembre 2017

Mitglieder mit Stimmrecht

Fraktionspräsident / Président du Groupe:

- › Walti Beat Nationalrat (ZH)

Vizepräsidenten / Vice-présidents:

- › Hefti Thomas Ständerat (GL)
- › Hiltbold Hugues Nationalrat (GE)

Zusätzliche Mitglieder ad functionem / Membres additionnels ad functionem:

- › Gössi Petra Nationalrätin (SZ), Parteipräsidentin
- › Lüscher Christian Nationalrat (GE), Mitglied Büro NR
- › Keller-Sutter Karin Ständerätin (SG), Mitglied Büro SR
- › Nantermod Philippe Nationalrätin (VS), Mitglied Büro NR
- › Burkhart Thierry Nationalrat (AG), Mitglied Büro NR
- › Wasserfallen Christian Nationalrat (BE), Mitglied Büro NR

Mitglieder ohne Stimmrecht

Bundesräte / Conseillers fédéraux:

- › Cassis Ignazio
- › Schneider-Ammann Johann N.

Partei ex.off / Parti ex.off:

- › Lanz Samuel Generalsekretär
- › Mandl Michael Fraktionssekretär
- › Stucki Martin Kommunikationschef
- › Caroni Andrea Vizepräsident, Ständerat (AR)
- › Lüscher Christian Vizepräsident, Conseiller national (GE)
- › Nantermod Philippe Vizepräsident, Conseiller national (VS)
- › Vitta Christian Vizepräsident, Staatsrat (TI)
- › Wasserfallen Christian Vizepräsident, Nationalrat (BE)

13.4. Anhang D – Annexe D

Kontakte – Contacts

(per 31. Dezember 2017 – le 31 décembre 2017)

Generalsekretär FDP.Die Liberalen / Secrétaire général PLR.Les Libéraux-Radicaux

Lanz Samuel

Neuengasse 20, Postfach, 3001 Bern

lanz@fdp.ch – Tel. 031 320 35 35 – Fax 031 320 35 00

www.fdp.ch

Generalsekretärin FDP Frauen / Secrétaire générale Femmes PLR

Irène Thalmann

Neuengasse 20, Postfach, 3001 Bern

thalmann@fdp.ch – Tel. 031 320 35 35 – Fax 031 320 35 00

www.fdp-frauen.ch

Präsident FDP Service Public / Président PLR Service Public

Beat Schlatter

FDP.Die Liberalen. Service Public, Postfach 7508, 3001 Bern

beat.schlatter@vtg.admin.ch

www.fdp-servicepublic.ch